

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 45.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Zimmer 4423.

Düsseldorf, 11. November 1911.

Herausgeber: H. Heintmann, Düsseldorf, Nabalstraße 22. Expedition u. Druck von Joh. van Meken, Krefeld. Tel. Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Der Verband ruft, Kolleginnen und Kollegen! Die Agitation soll wieder beginnen. Wer sich zurückzieht, handelt pflichtvergeßen. Alle an die Arbeit!

Die 10 Gebote des christlichen Gewerkschaftlers.

Als ich unlängst in alten und neuen Schriften freidenkerlicher Sozialgruppen wühlte, fiel mir wieder einmal auf, wie gern diese Leute ihre Ideen und ethischen Grundsätze in das Gewand christlicher Ausdrucksformen hüllen. Und es glückt ihnen häufig, in den bekannteren, alten Schläuchen einen neuen, vergifteten Wein zu bieten. Wie viel ist in dieser Art schon in der Arbeiter- und speziell sozialistischen Gewerkschaftspresse geleistet worden, von den 10 Geboten der Arbeiterverbrüderung aus dem Jahre 1848 bis zu den Moralvorlesungen des Lehrgesellen Hoffmanns der Sozialdemokratie und den Festartikeln vieler Gewerkschaftsorgane, die christliche Dogmen nach ihrem Geschmack sozialistisch deuten und so sozialrevolutionär wirksam machen. Das brachte mich dazu, einmal unsere 10 Gebote vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus durchzudenken, nicht etwa, um ihre Hauptforderungen in den Hintergrund zu stellen, sondern um ihren allbekanntesten Inhalt neue Folgerungen beizugeben, die speziell für den praktischen Gewerkschaftler in Betracht kommen. Die Zahl unserer Hauptgebote bleibt dieselbe, aber je mehr sich das Leben und Tun des einzelnen Menschen kompliziert, je mannigfaltiger seine Pflichten, desto reichhaltiger werden die Konsequenzen aus einem Gebot.

Als erstes Gebot möchte ich aufstellen, oder vielmehr als gewerkschaftliche Folgerung aus dem ersten Gebot möchte ich festhalten:

1. Du sollst die Würde des Menschen in dir und andern, besonders deinen Nächsten, den Standesgenossen, ehren und schützen. Du sollst deshalb nicht den Götzen der Selbstsucht und des engen Kastengeistes dienen, sondern dem Ideal der Hebung und Befreiung aller bedrückten, beengten, in ihrer freien Entfaltung und sittlichen Unabhängigkeit bedrohten Mitmenschen. Du sollst ein Sozialverhältnis herbeiführen helfen, in dem die Ideen des Christentums herrschen, Gerechtigkeit, Liebe, Achtung der ehrbaren Arbeit, Bevorzugung der geistigen vor den materiellen Gütern. Du sollst dich nicht von faszinierenden Trugbildern heidnischer Gesellschafts-utopien hinreißen und der nüchternen christlichen Arbeiterbewegung entfremden lassen.

2. Du sollst keinen Unfug mit deinen Idealen treiben. Mach keine radikalen Phrasen, würdige dein Christentum nicht zum Aushängeschild, zum Agitationsmittel und Deckmantel für unverantwortliche Handlungen herab. Spiel dich nicht vor deinen weniger gebildeten Kollegen als hochtrabenden Menschheitsbefreier und Alleswisser auf, weise nicht im Volkgefühl des erfahrenen Praktikers den Rat theoretisch geschulter Leute aus anderen Ständen zurück.

3. Du sollst in ehrlicher Werktagsarbeit deiner Organisation dienen mit Geldbeutel, Arbeitskraft, Kopf und Herz. Du sollst nicht nur bei Lohnbewegungen mitmachen und bloß in Festversammlungen glänzen wollen, du sollst vielmehr die Kleinarbeit gewissenhaft und freudig verrichten, wozu auch gehört zu opfern, wenn momentan kein Erfolg ersichtlich ist und eine Versammlung zu besuchen, deren Tagesordnung keine besondere Geistesgenüsse in Aussicht stellt. Du sollst aber auch kein einseitiger Kurpraktiker und Kurgewerkschaftler werden. All unsere Bemühungen dienen doch höheren Zielen. Genieße nach getauer Kleinarbeit auch den Sonntag, d. h., erquick dich an hohen Kulturidealen, labe dich an

Born der Volkskunst, des reinen Frohsinns und des Wissens.

4. Vergiß bei der Vertretung deiner Rechte diejenigen anderer Leute, beim Kampf um den gewerkschaftlichen Konstitutionalismus die Autoritätsansprüche des Arbeitgebers, bei deiner beruflichen Selbsthilfe die höchste Herrschaftsberechtigung des öffentlichen Gemeinwesens in irdischen Dingen nicht. Ehre die Autorität, diene dem Vaterlande, aber mach sie auch auf ihre sozialen Pflichten aufmerksam, sichere dir die Unterstützung deiner fortschrittlichen Bestrebungen durch die öffentliche Ordnung und die Macht der öffentlichen Meinung. Vor allem jedoch stelle deine ganze, stolze Arbeit unter den Gesichtspunkt des Gemeinwohls. Achte aber auch bei aller Kollegialität und Vertraulichkeit die Autorität deiner selbstgewählten Führer. Behandle sie nicht als deine Knechte, mach ihnen das Leben und die Pflichterfüllung nicht schwer, mißgönne ihnen nicht ihre Stellung und Bildung. Ehre auch die alten Kollegen und nimm dich liebevoll und verantwortungsbewußt der Jugendlichen und Lehrlinge, auch der hilfsbedürftigeren weiblichen Mitarbeiter an.

5. Sei kein Klassenkämpfer, arbeite nicht am Untergang der Gesellschaft, der Wirtschaftsordnung, des einzelnen Arbeitgebers, sondern nur an der allseitigen Reform. Wenn du hart und gewalttätig in bestehende Verhältnisse eingreifen mußt, wenn sich deine höheren Rechte der menschlichen Arbeit mit den Besitzansprüchen und Profitanforderungen des Kapitals kreuzen, dann kämpfe entschieden, aber nicht gehässig, für den Sieg des Guten, Gerechten, und nicht für den Ruin einer Person, die dich vielleicht gekränkt oder erbittert hat. Uebe auch Gerechtigkeit gegen die andern Organisationen. Sei klug und maßvoll gegen Unorganisierte. Ueberzeugung ist besser denn Zwang. Wenn du aber doch mit gewissen Gewaltmitteln gegen sie vorgehen mußt, soweit diese Gesetz und Moral erlauben, dann tue es, wie's dir dein christliches Gewissen vorschreibt. Nimm bei deinem Vorgehen stets auf die Rechtssphären anderer Gruppen nach Möglichkeit Rücksicht und kämpfe nicht aus Raulust, sondern aus Kultureifer.

6. Sei deiner Organisation treu, werde nicht fahnenflüchtig, schädige sie nicht durch Einstellung der Beitragszahlungen, vor allem aber nicht durch Nichtteilnahme an ihren Aktionen oder gar Streikbruch. Sei auch kein Hezer, der in eigenen Reihen Unfrieden und Unzufriedenheit stiftet. Laß dich nicht durch Kränkung deiner Eitelkeit und Nichtbeachtung deiner eigensinnigen Forderungen zur gemeinschaftlichen Feindseligkeit gegen den Verband hinreißen. Du sollst auch nicht mit Berufsorganisationen liebäugeln, weil ihre Klassen dich locken oder ihr Radikalismus dir reizvoll dünkt.

7. Respektiere fremdes Eigentum, auch des Arbeitgebers, sei fleißig, verdirb nicht mutwillig Werkzeug oder Rohmaterial, störe den Betrieb nicht durch Blamachen. Stelle auch keine unklugen Forderungen. Stelle dich auf den Boden des langfristigen Tarifvertrags, der die gegenseitige Uebersvorteilung aus dem Arbeitsvertrag bauen will. Gehe auch mit dem Hab und Gut deiner Gewerkschaft sorgfältig um, mach ihr nicht leicht vermeidbare Unkosten, provoziere keine Maßregelung oder Arbeitslosigkeit, simuliere keine Krankheit.

8. Verleumde nie, auch wenn du damit glaubst, der guten Sache dienen zu können. Mach deinen Arbeitgeber nicht schlechter als er ist, beschimpf nicht lügenhafterweise deine Vorarbeiter, verdächtige deine Gewerkschaftsbeamten nicht unbegründet, bring keine Unwahrheiten vor die Gewerbeinspektion, die Ge-

werbegerichte, in die Versammlung und in die Zeitung. Ergöh dich nicht an wüstem Schimpfen, auch nicht den gegnerischen Gruppen gegenüber. Sprich diesen und bürgerlichen Kreisen, sowie der Regierung und deinen speziellen Unternehmern nicht jedes gute Wollen und jede anständige Regung, auch nicht jede reifere Einsicht ab. Weise nicht hochmütig den jüngeren Kollegen zurück, wenn er einmal einen Rat erteilen will und hör auch auf das, was deine Kolleginnen in ernstlichen Dingen zu sagen haben.

9. und 10. Sei nicht neidisch auf die besitzenden Klassen, die Geistesarbeiter, die Führer der Volksbewegung, aber auch nicht auf deinen besser bezahlten geschickteren Mitarbeiter. Hab auch deiner Bevorzugung halber keinen Dünkel. Nimm in deiner Gewerkschaft keine geschäftige, mißtrauische Stellung gegen gehobene, besser entlohnte Berufe ein, sieh aber auch nicht stolz auf ärmere Hilfsarbeiter und die schwächeren Kolleginnen, sowie Lehrlinge oder Jugendliche herab. Mache die soziale Frage nicht zur einseitigen Magenfrage. Laß dein Streben nicht in materieller Begehrtlichkeit gipfeln, benitz vielmehr wirtschaftliche Reformen zur geistig sittlichen Hebung deiner Person und deines Standes. Stell dir die Lösung der sozialen Frage nicht als ein revolutionäres Besitzergreifen von den Gütern und Positionen der bürgerlichen Gesellschaft durch die Enterbten vor. Fasse dein Zukunftsideal geistig, sittlich und hoch im Sinne einer allgemeinen Sozialkultur. Betrachte auch deine Gewerkschaft nicht nur als Ausbeutungsobjekt, Unterstützungskasse und Beschafferin möglichst hoher Löhne, gewinne vielmehr Sinn für ihre tiefere Bedeutung, für die ideellen Güter, die sie bietet, die Größe des opfermütigen und unbelohnten Mitkämpfens und die Heiligkeit der sozialen Sache.

Das Sperrsystem in der münsterländischen Textilindustrie.

In den letzten Jahren haben verschiedentlich gewisse Sperrsysteme der Unternehmer weite Kreise der Arbeitererschaft beunruhigt und deren entschiedenen Protest herausgefordert. Wir erinnern an die Enthüllungen über den Unternehmerarbeitsnachweis in Mannheim-Ludwigshafen, an die Sperrmaßnahmen in der Großtextilindustrie, im Bergbau, die geeignet waren, einen Arbeiter, der sich irgendwie mißlieblich gemacht hatte, in einem bestimmten Gebiet oder in einem ganzen Industriezweig zeitweise oder dauernd von jeder Beschäftigung auszuschließen oder doch ihm das Auffinden solcher wesentlich zu erschweren. Nicht ganz so gefährlich, aber immer noch hart genug, sind die örtlichen Sperrn, wie wir sie noch vielfach, vor allem in einer ganzen Reihe von Orten der münsterländischen Textilindustrie, zu verzeichnen haben. Dieses Sperrsystem veranlaßte jüngst noch die Textilarbeitererschaft von Emsdetten, eine große Protestaktion zu veranstalten.

Diese örtliche Sperre besteht darin, daß der aus seiner bisherigen Beschäftigung entlassene oder freiwillig austretende Arbeiter nur mit Einwilligung seines Arbeitgebers in einem andern Textilbetriebe des Ortes wieder eingestellt wird. So werden z. B. aus Emsdetten folgende Fälle gemeldet:

Ein Arbeiter tritt aus seiner Beschäftigung aus und fragt in einem anderen Betrieb um Arbeit an. Die Antwort war: „Ich würde dich ganz gern annehmen, aber die Sperre erlaubt es nicht.“ Der Arbeiter wurde nicht eingestellt. Eine Arbeiterin kündigte ihr bisheriges Arbeitsverhältnis und trat bei einer anderen Firma in Arbeit. Nach drei Tagen wird sie mit dem Bemerken wieder entlassen, der

frühere Arbeitgeber dulde nicht, daß sie weiter beschäftigt werde. In mehreren Fällen mußten die Arbeiter erst von einem auswärtigen Betrieb ein Entlassungszeugnis haben, bevor sie in Gmsbetten selbst wieder eingestellt wurden.

Anscheinend soll durch ein derartiges Sperrsystem die Fluktuation der Arbeiter unterbunden und ein ständiger Arbeiterstamm erzielt werden. Praktisch aber führt ein derartiges Vorgehen nicht nur zu einer Beschränkung der Freizügigkeit, es öffnet auch allerhand Schikanen der Vorgesetzten gegenüber den Arbeitern Tür und Tor, ohne daß der einzelne Arbeiter etwa durch Austritt aus der Beschäftigung denselben zu entgehen vermag. Weiter wird dieses Sperrsystem nur allzuleicht dazu mißbraucht, das Koalitionsrecht des Arbeiters zu beschneiden und auch dem berechtigten wirtschaftlichen Vorwärtstreben Fesseln anzulegen. Manche unserer Kollegen und Kolleginnen könnten hierüber wohl ein Liedchen singen.

So werden solche Sperrmaßnahmen für den Arbeiter zur Schikane; der Vorteil aber, den der Unternehmer von ihnen erhofft, bleibt aus. Der Organisation kann er damit höchstens vorübergehend Schwierigkeiten bereiten, sie zu unterbinden vermag er nicht. Der Gewerkschaftsgedanke wird sich auf jeden Fall Bahn brechen. Dafür ist die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung Beweis genug. Wohl aber wird durch solche schroffe Maßnahmen das Rechtsempfinden, das gerade beim tätigen und strebsamen Arbeiter stark ausgeprägt ist, verletzt. So wird die Sperre nicht nur von den direkt von ihr betroffenen, sondern in weiten Kreisen der Arbeiterchaft inneren Groll und Erbitterung erzeugen. Der Gedanke, der Arbeitsfreiheit beraubt und eventuell wider Willen an den Betrieb gebunden zu sein, beeinträchtigt die Arbeitsfreude und gräbt dem Verantwortlichkeits- und Pflichtgefühl das Grab. Nach der letzten Aussperrung in Westfalen bemerkte eine Vorgeschaffter Firma in einer uns zugehenden Verächtigung folgendes:

„Ein verständnisvolles Hand-in-Hand-arbeiten von Fabrikant und Arbeiter ist jedenfalls eine Vorbedingung für das Wohlergehen beider, und beide Teile schädigen sich selbst, wenn sie das vergessen. Besonders in den schweren Zeiten, die unsere Textilindustrie jetzt durchzumachen hat, wäre ein solches Hand-in-Hand-gehen dringend zu wünschen. . .“

Damals fügten wir dem an, „daß sowohl wir, als auch unsere münterländischen Mitglieder „iets volles Verständnis für die Lage des Textilgewerbes gehabt haben und auch von der Notwendigkeit eines Hand-in-Hand-arbeitens mit den Arbeitgebern in Fragen, die unsere Industrie angehen, überzeugt sind. Aber die münterländischen Arbeitgeber hätten u. E. doch alle Veranlassung, sich mal zu fragen, ob nicht sie, bezw. die leitenden Personen in ihrem Verbands, zu einem guten Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern viel beizutragen haben“. Das können wir jetzt Wort für Wort hinsichtlich jener Arbeitgeber, die das oben gezeichnete Sperrsystem handhaben, wiederholen. Ein solches System ungemein und untergräbt bei der Arbeiterchaft das Interesse für den Betrieb.

Das Letztere ist umso mehr der Fall, als dieses Sperrsystem auch dem Sinn des Paragraphen 123 der Gewerbeordnung widerspricht. Dieser lautet:

„Das Arbeitsverhältnis zwischen den Gesellen oder Gehilfen und ihren Arbeitgebern kann, wenn nicht ein Anderes verabredet ist, durch eine jedem Teile freistehende, vierzehn Tage vorher erklärte Auflösungsfrist gelöst werden. Werden andere Auflösungsfristen vereinbart, so müssen sie für beide Teile gleich sein. Vereinbarungen, welche dieser Bestimmung zuwiderlaufen, sind nichtig.“

Die Sperre der Arbeitgeber verstoßt zwar nicht gegen den Wortlaut, wohl aber gegen den Geist dieses Paragraphen, denn dieser will doch dem Arbeiter die Freizügigkeit gewährleisten, die durch das Sperrsystem, wenn nicht aufgehoben, so doch wesentlich beschränkt wird. Doch wird der Arbeitgeber hierfür kaum belangt werden können. Wohl aber verstoßt dieses Sperrsystem zweifellos gegen die guten Sitten und wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem anderen vorzüglich Schaden zufügt, ist dem anderen zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Der Arbeitgeber, der über einen Arbeiter die Sperre verhängt, weiß von vornherein, daß dieser geschädigt wird; er schädigt ihn also vorsätzlich und ist somit auch schadenersatzpflichtig. Allerdings muß der Nachweis erbracht werden, daß die Sperre tatsächlich die Schuld der Nichtleistung in den übrigen Betrieben ist. In den beiden oben erwähnten Gmsbettener Fällen wäre dieser Beweis aller Voraussicht nach gelungen. Darum ist es zu bedauern, daß der Klageweg nicht beschritten wurde.

Sollen die Arbeitgeber eine ständige, pflichtbewusste Arbeiterchaft erzielen, dann legen ihnen andere, weit erfolgreichere Mittel zur Verfügung. Man gebe vor allem das absolute Fabriksystem preis und räume dem Arbeiter in Fragen, die das Arbeitsverhältnis betreffen, ein Mitbestimmungsrecht ein. Das bedeutet keine Preisgabe der Autorität und der in jedem Betrieb nötigen Disziplin und Unterordnung. Im Gegenteil, eine Arbeitsverfassung, die nicht einseitig diktiert, sondern unter Mitwirkung beider Kontrahenten, also auch des Arbeiters, zustande kommt wird von diesem umso mehr beachtet und eingehalten werden.

Weiter mögen die Arbeitgeber endlich die Vorurteile und die Kadelstichpolitik gegenüber den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern aufgeben und dem Arbeiter doch uneingeschränkt das Recht der Organisation zugestehen, das auch die Arbeitgeber in weitgehendstem Maße für sich in Anspruch nehmen. Dann wird der Arbeiter weniger Interesse an einem öfteren Arbeitswechsel haben, und der Zwangsmaßregeln wird es zur Erziehung eines ständigen Arbeiterstammes nicht bedürfen. Eine derart freie, als gleichberechtigten Faktor anerkannte und demgemäß behandelte Arbeiterschaft wird sich weit eher ihrer Pflichten gegenüber dem Arbeitgeber und der Industrie bewußt werden und so der letzteren selbst zum Segen gereichen.

Zum Tarifabschluß im Buchdruckgewerbe

bringt das „Zentralblatt“ einen längeren Artikel, der das terroristische Verhalten des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes gegenüber dem Gutenbergbunde von den verschiedensten Seiten beleuchtet. Einleitend werden die materiellen Ergebnisse der diesjährigen Tarifberatungen, die bekanntlich mit einer Erneuerung des Tarifes auf weitere fünf Jahre endeten, kurz aufgezählt. Hinsichtlich der organisatorischen Seite der Sache handelt es sich bekanntlich um den Antrag des Gutenbergbundes, als gleichberechtigtes Vertragsmitglied in alle Tarifinstitutionen aufgenommen zu werden; er wollte in diesen Sitz und Stimme haben. Der Gutenbergbund ist unter den Buchdruckergehilfen die gewerkschaftliche Vertretung einer immerhin beachtenswerten Minderheit, ist eine tariftreue Organisation, die gegenüber der Tarifgemeinschaft dieselben Verpflichtungen hat als der Buchdruckerverband. Dennoch wußten die Verbandsvertreter die Aufnahme des Gutenbergbundes zu hintertreiben, wenn sie auch nicht verhindern konnten, daß der Bund mit beratender Stimme dann an den Verhandlungen der Tarifkörperchaften teilnehmen kann, wenn ihn selbst berührende Fragen zur Verhandlung kommen. Das ist immerhin ein Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustande, mit dem sich aber weder der Gutenbergbund, noch die christlich-nationale Arbeiterchaft überhaupt zufrieden stellen kann.

Um die grundsätzliche Seite der Ergebnisse der Tarifberatungen richtig verstehen zu können, vergegenwärtigt das „Zentralblatt“ die Dinge, die sich in den letzten Jahren in der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft abgespielt haben. Bei den Tarifberatungen 1901 wurde u. a. der paritätische Tarifvertrag obligatorisch gemacht. Obwohl bis dahin der Buchdruckerverband einseitig als der Gutenbergbund Arbeit vermittelt hatte, wurde dieser 1907 für tarifmüde erklärt, weil er auf Grund seines Status Arbeit vermittelte. Der Verband hatte eine ähnliche Bestimmung im Statut. Alle Protestschreiben des Gutenbergbundes waren erfolglos. Das ist erklärlich, denn: „Es liegen in sämtlichen tariflichen Institutionen neben den Prinzipalvertretern ausschließlich Mitglieder des Buchdruckerverbandes. Auch die Personen, die die höchsten Ämter, sogar besoldete Ämter inne haben (Arbeitsnachweisverwalter, Gehilfenverwalter, Geschäftsführer des Tarifamts), gehören dem Buchdruckerverband als Mitglieder an. Sämtliche Gehilfenvertreter, bei denen z. B. Beschwerden der Gehilfen anzubringen sind, sind zugleich größtenteils sogar Angehörige des Buchdruckerverbandes. Und diese Personen liegen in den Institutionen Gericht über Mitglieder des Gutenbergbundes, die sie hassen und bekämpfen, sitzen Gericht über die Organisation, der sie Kampf bis zur Vernichtung angejagt — ohne einen Verteidiger zu hören. Das ist jedenfalls eine „Recht“-spruchung, die den primitivsten und elementarsten Rechtsgrundsätzen direkt ins Gesicht schlägt. Der Gutenbergbund war also, nicht etwa im Interesse der Tarifgemeinschaft, sondern im Interesse des Buchdruckerverbandes für tarifunrein erklärt worden.“

Die Generalversammlung des Gutenbergbundes im Jahre 1901 entfernte die „anständige Stelle“ aus seinem Statut, aber auch da ließ man ihm keine Gerechtigkeit widerfahren. Im Gegenteil, 1906 verurteilte der Verband durch den Monopolvertrag den Gutenbergbund ganz niederzubütteln.

Der Monopolvertrag kam zustande, mußte aber, nachdem in den Kreisen der christlich-organisierten Buchdrucker ein energischer Protest eingesetzt und selbst namhafte Sozialpolitiker ihre warnende Stimme erhoben hatten, wieder preisgegeben werden. Sofort nach Aenderung des Monopolvertrages beantragte der Gutenbergbund abermals durch Schreiben vom 27. Januar 1908 beim Tarifamt „den im September 1902 gefaßten Beschluß betr. die Tarifunterklärung des Gutenbergbundes aufzuheben“. Auch das hat der Verband zu hintertreiben gewußt.

Nachdem das „Zentralblatt“ einige Fälle genannt hat, die die geradezu schreiende Ungerechtigkeit beweisen, mit der die Mitglieder des Gutenbergbundes behandelt wurden, schildert es in einigen Strichen, wie es dem Antrag des Bundes auf Zulassung zu den Tarifinstitutionen erging und fährt dann fort:

„Jahrelang hat man den Gutenbergbund in den Tarifinstitutionen geistert; gegenüber der Öffentlichkeit gab man sich als „Vertreter der Minderheit“ aus und pries die Tarifinstitutionen als „paritätische“ Einrichtungen. Damit, sowie durch die weitgehende Unterjochung der Prinzipale, hat man . . . 1902—1901 dem paritätischen Buchdrucker . . . 1900 . . . in die Hände gegeben. Das Tarifamt für Deutschland hat die Vorgänge in der Tarifgemeinschaft

stets als eigene Angelegenheiten des Buchdruckgewerbes hingestellt, in die sich „Nebenstehende“ nicht einzumischen hätten. Das ist sowohl eine sehr leichte wie innerlich unwahre Auffassung. Das Buchdruckgewerbe beschäftigt heute — ohne Hilfsarbeiter — über 70000 Gehilfen. Für diese kommen verschiedene gesetzliche und öffentliche Institutionen nicht in Frage. Die Gewerbegerichte haben für die Buchdruckergehilfen keinerlei Bedeutung; sie müssen ihre Angelegenheiten den Tarifchiedsgerichten unterbreiten. Der öffentlich-kommunale Arbeitsnachweis kann und darf nicht benutzt werden; dafür ist der „paritätische“ Tarifarbeitsnachweis da! Gegenüber der gekennzeichneten Terror- und Claqueurwirtschaft, die der sozialdemokratische Buchdruckerverband in den bezeichneten „paritätischen“ Tarifeinrichtungen betreibt, sind die gesetzlichen Gewerbegerichte und öffentlichen Arbeitsnachweise — wenigstens für die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft — die reinsten Idealinstitute. Deren Tätigkeit wickelt sich ab in der breitesten Öffentlichkeit und unter öffentlicher Kontrolle. Treten bei diesen Instituten Unzuträglichkeiten hervor, so können sie durch Beschwerden an höhere behördliche Instanzen oder durch öffentliche Kritik beseitigt werden. Erhebt dagegen in den Institutionen des Buchdruckgewerbes eine organisierte Minderheit Beschwerde — wie dies für den Gutenbergbund aus Vorstehendem hervorgeht — so verlagert sie schließlich den Teufel bei seiner Großmutter. Die Zustände in der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker sind also keine beruflichen Vorgänge mehr; nein, es sind öffentliche Angelegenheiten. Und daß sie in stets steigendem Maße als das betrachtet und gewertet werden, dafür wird die christlich-nationale Arbeiterbewegung mit allem Nachdruck Sorge tragen.

Mit dem Gaukelspiel über seine angebliche gewerkschaftliche Neutralität, womit der Buchdruckerverband jahrelang die Öffentlichkeit beschwindelt, kommt weder der Buchdruckerverband noch der andere Tarifkontrahent, die Prinzipalorganisation, in der Zukunft noch durch. Heute steht fest, daß der Buchdruckerverband hinsichtlich seines Charakters dieselbe Taktik befolgt hat, wie die übrigen sozialdemokratischen Gewerkschaften: so lange sie schwach waren, heuchelten sie Neutralität, um einerseits besser Fuß fassen zu können und um andererseits mehr den behördlichen Schwierigkeiten entzogen zu sein. Der Buchdruckerverband hat dieses Spiel nur etwas länger fortgesetzt als die meisten der übrigen sozialdemokratischen Verbände. Der Verband deutscher Buchdrucker gehört schon seit 20 Jahren der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften an; diese Generalkommission arbeitet, seitdem die sozialdemokratische Partei auf dem Mannheimer Parteitag mit ihren Gewerkschaften offiziell Frieden geschlossen hat, in allen größeren Fragen mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand einträchtig zusammen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften bejahren gemeinsam und zu gleichen Teilen die internationalen Sozialistenkongresse; sozialdemokratischer Parteivorstand und Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften beraten gemeinsam über die Mittel zur Beseitigung des preussischen Landtagswahlrechtes; Parteivorstand und Generalkommission und in den einzelnen Orten die aus der sozialdemokratischen Partei und den sozialdemokratischen Gewerkschaften zu gleichen Teilen zusammengesetzten Ausschüsse wirken einträchtig zusammen zur Erziehung der Jugend im sozialistischen Sinne; die Ortspartelle der sozialdemokratischen Gewerkschaften arbeiten systematisch an der Unterstützung und Verbreitung der sozialdemokratischen Presse. Und bei all den genannten Anlässen und in den aufgeführten Institutionen arbeiten der Verband deutscher Buchdrucker und die von organisationswegen aus seinen Reihen gewählten Vertreter offiziell mit.“

In einer ganzen Reihe von Ausführungen aus bürgerlichen Blättern zeigt das „Zentralblatt“, daß man sich selbst in diesen Kreisen über den parteijährigen Charakter des Verbandes gar nicht unklar ist und auch wohl erkennt, welche Gefahren darin für das Buchdruckgewerbe liegen.

Trotzdem man also den sozialistischen Charakter des Buchdruckerverbandes nunmehr in den verschiedensten Parteilagern erkannt hat, wurde dem gleichen Verbands bei der diesjährigen Tarifrevision wieder das moralische Monopol in der Tarifgemeinschaft, gehilfenseitig das Monopol in den Tarifinstitutionen eingeräumt. Wenn schon die Prinzipalität des Buchdruckgewerbes nicht mehr den Mut oder die Kraft hat, die primitivsten Forderungen der Gerechtigkeit in der Tarifgemeinschaft des Buchdruckgewerbes zur Geltung zu bringen, so muß hier durch den Druck der öffentlichen Meinung entsprechend nachgeholfen werden.

In den Zuständen im Buchdruckgewerbe ist die Öffentlichkeit mehr interessiert als an den Vorgängen in irgend einem andern Berufe. Durch die Zeitungen wird die Öffentlichkeit weitgehend beeinflusst. Reich, Staat und Kommunen lassen ihre Druckereien in Druckereien herstellen, die einen sozialdemokratischen Verband nicht nur großgepöppelt haben, sondern ihm auch den Nachdruck gleichsam mit Gewalt zutreiben. Behörden vergeben vielfach nur an Druckereien ihre Aufträge, die den Tarif anerkannt haben, der die christlich-nationale Organisation fast vollständig ausschaltet. Bei Kantonalen-, Gewerbegerichtlichen-, kommunalwahlen, besonders bei Landtags- und Reichstagswahlen wird es der Öffentlichkeit, der Regierung und den bürgerlichen Parteien nicht egal sein können, ob es nur einen sozialdemokratischen Buchdruckerverband gibt. Es ist schon mehr als einmal vorgekommen, daß Flugblätter über in Händen der sozialdemokratischen Agitatoren waren, als in Händen ihrer Auftraggeber. In Oesterreich, wo der sozialdemokratische Verband Alleinherrscher ist, ist es schon so weit gekommen, daß die Sessler sich weigerten, Notizen zu setzen, die Angriffe auf sozialdemokratische Kandidaten enthielten.

Vorstandsmitglieder,

habt Ihr die Vorbereitungen für die Agitation schon getroffen? Wenn nicht, dann nehmet sie unverzüglich in Angriff. Ihr seid zu Führern gewählt worden, bewährt Euch als Führer in der Agitationsarbeit.

Die Frage, warum hat die Öffentlichkeit ein Interesse am Erstarken des Gutenbergbundes, wird in der oben genannten Broschüre eingehend beantwortet.

Heute hat man keine stichhaltigen Gründe mehr für die Ausschaltung des Gutenbergbundes. Er hat seine Neutralität, seine Unabhängigkeit und Tariftreue in den letzten Jahren zur Genüge bewiesen, ja er wachte viel peinlicher gegen irgend welche Verstöße seiner Mitglieder, wie der sozialdemokratische Buchdruckerverband. Das beweist schon der Umstand, daß der Buchdruckerverband im letzten Jahre auf Grund des mit dem deutschen Buchdruckerverein abgeschlossenen Organisationsvertrages in über 100 Fällen Kontraktbruchstrafe bezahlen mußte, der Gutenbergbund nicht in einem einzigen Falle. Und trotzdem gibt man dem Gutenbergbund nicht sein Recht. Der Verband, der in den tariflichen Institutionen die Macht in Händen hat, macht von dieser Macht rücksichtslos Gebrauch.

Der „Sieg“ des Verbandes bei der letzten Tarifrevision ist nur ein „Pyrrhusieg“; der gegenwärtigen Fanfare des Buchdrucker-Korrespondenten wird die Chamade wieder genau so folgen, wie dies 1906 gelegentlich der Schaffung und 1907 bei der Aufhebung des Monopolvertrages der Fall war. Noch ein solcher Sieg und die Tarifgemeinschaft liegt in Trümmern. Wir müssen gestehen: wir hätten die Funktionen des Buchdruckerverbandes, die sich einbilden eine große Tat vollbracht zu haben, für größere Geister gehalten. Eine nationale Tarifgemeinschaft ist, wie die Verhältnisse in der deutschen Arbeiterbewegung nun einmal liegen, mit dem von dem Verbande der deutschen Buchdrucker betriebenen engherzigen Organisationsegoismus und brutalen Terror nicht zusammenzufassen. Diese Tatsache wird in absehbarer Zeit dem fetter von allen Seiten verhärtetsten und dadurch verwöhnten Buchdruckerverbande zum Bewußtsein gebracht werden. Wenn dann die Scharmacher und Feinde des Tarifgedankens diesem Kampfe schmunzelnd zusehen und für ihre Bestrebungen daraus Kapital schlagen, so haben diese unlieblichen Begleiterscheinungen die „Strategen“ des Buchdruckerverbandes sich selbst zuzuschreiben. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung ist weder willens, sich von den Scharmachern niederbügeln zu lassen, noch den sozialdemokratischen, brutalen Terror stillschweigend hinzunehmen. Wir sind uns bewußt, daß wir mit dem Kampfe gegen die Auswüchse in der Tarifentwicklung dem Tarifgedanken an sich umso wirkungsvoller zur Ausbreitung verhelfen. Also: Bei Philippi sehen wir uns wieder.

„Lupus“.

Als „Lupus“, d. h. Wolf, der frühere Angestellte des Zentralverbandes der Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter, im August vorigen Jahres seine Schmähbroschüre: „Aus einer christlichen Gewerkschaft“, herausgab, jubelte die Genossenschaft. Mit wahren Heißhunger stürzten sich alle Feinde der christlichen Arbeiterbewegung auf dieses Racheprodukt und schlachteten es gegen die christlichen Gewerkschaften aus. Durch eine Reihe von Klagen gegen die Verbreiter der Wolfischen Beleidigungen und Verleumdungen ist recht bald den Genossen das Spielzeug ihres Freundes Wolf kaputt geschlagen worden. Außer dem Urheber sind bis heute schon vier Komplizen seines Verleumdungsfeldzuges gegen die christlichen Gewerkschaften mit Geld und Gefängnisstrafen bedacht worden. Zuletzt noch der Redakteur Thielhorn von der sozialdemokratischen „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“ in Duisburg mit drei Wochen Gefängnis.

Am 22. und 23. Oktober wurde nun in der Klagesache Oswald-Dremmel-Harter (die beiden Vorsitzenden und der Kassierer des genannten Verbandes), gegen Wolf am Schöffengericht in Duisburg-Ruhrort verhandelt. Die Klage stützte sich auf die Behauptungen der Broschüre, wodurch dem Vorsitzenden Oswald und dem ganzen Vorstand „Mißwirtschaft“, „Vergeudung der Notgroschen der Arbeiter“, „Täuschung der Mitglieder“, „Betrug“, „Schwindel“ u. dergl. vorgeworfen wurde. Trotz der vier Opfer seiner Verleumdungskunst hatte Wolf die Stirn, den „Wahrheitsbeweis“ anzutreten. Mehr Zeugen waren an auswärtigen Gerichten vernommen worden, zwei waren zum Termin erschienen und wegen einer erst am Nachmittag des ersten Verhandlungstages gegen Oswald erhobenen Widerklage wurden zwei weitere Zeugen noch telegraphisch geladen. Alle Leute, die über die internen Dinge des Verbandes irgendwie etwas ausfragen konnten, mußten auf 53 Fragen des Herrn Wolf antworten. Der Anwalt des Beklagten versuchte sogar gegen den Kläger Oswald dadurch etwas herauszubringen, daß er dem Zeugen Kuhn die Frage vorlegte: „Haben Sie nicht das Gefühl gehabt, daß Oswald es eigentlich anders meinte, als wie er dem Vorstande versprach.“ (!) Ueber die Gründlichkeit der Unterjudung der Verbandsarbeit „auf Herz und Nieren“ äußerte sich der Gerichtsvorsitzende: „Die bayerischen Amtsgerichte haben mit einer sehr großen Gewissenhaftigkeit bis ins kleinste die Fragen beantwortet lassen, die der Angeklagte an die Zeugen stellte. Der Angeklagte sollte nicht sagen, daß er beschränkt sei in der Verteidigung.“ Auch die Widerklage des Herrn Wolf gegen Oswald wurde angenommen, trotzdem sie so spät erhoben wurde. Kollege Oswald erlegte sogar sofort 40 M. zur Ladung der Zeugen, um eine Verzögerung des Prozesses zu verhüten.

Wie ist nun das Ergebnis dieser Untersuchung zur Führung des „Wahrheitsbeweises“ für die Schmähbroschüre des Wolf?

Alle Behauptungen des Herrn Wolf sind durch die Zeugenaussagen Zug um Zug als Lüge und Verleumdung gezeichnet worden. Der Vorsitzende, Abgeordneter Oswald, und der ganze Vorstand des Verbandes sind durch den umfangreichen Prozeß aufs glänzendste gerechtfertigt. Nicht ein einziger Zeuge hat gegen die ehrliche und gewissenhafte Arbeit des Vorstandes der Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter etwas vorbringen können. Wolf blieb mit seinen falschen Behauptungen und Schmähungen ohne Weisheit. Ja es ist sogar oft das Gegenteil der Vorwürfe Wolfs durch die eidlichen Zeugenaussagen bewiesen worden. Die sozialdemokratischen Prozeßjäger werden an ihrem Schlingel auch in diesem Hauptprozeß keine Freude erleben haben, denn ihre Spekulationen sind gründlich zu Wasser geworden.

In der Behandlung des Wolf-Prozesses durch die sozialdemokratische „Niederrheinische Arb.-Ztg.“, deren Redakteur ja auch Leidtragender (mit drei Wochen Gefängnis) ist, tritt dieses Unvermögen deutlich hervor. Die einzige Tugend, die man nach langem Suchen findet, ist das Darlehen des Verbandes aus Anlaß der Solnhofener Aussperrung. Weil dieses Darlehen, dessen allmächtige Schenkung dem Verband in Aussicht gestellt war, im Rechnungsabluß nicht ausgewiesen wurde, soll nun doch eine Bilanzverschleierung vorliegen. Es ist jedem Gewerkschaftler eine Selbstverständlichkeit, daß der Vorstand einer Gewerkschaft lediglich den Mitgliedern des Verbandes über die Geschäftsführung Rechenschaft schuldig ist. Darum wird auch nicht wie bei einer Aktiengesellschaft oder Genossenschaft eine Bilanz verlangt. Das Gericht hat sich bei der Begründung des Urteils gegen Wolf ebenfalls auf diesen Standpunkt gestellt und erklärt, daß eine Täuschung der Mitglieder nicht vorgekommen sei, denn in der Generalversammlung hätten Oswald und Stegerwald über die Vermögenslage des Verbandes den Delegierten des Verbandes deutlich Auskunft gegeben. Den Genossen und besonders dem Herrn Wolf steht es schlecht an, über die Darlehenssumme für den Solnhofener Streik und die Aussperrung sich kritisch zu äußern. Wolf war es, der durch einen Artikel an das Pappenheimer Volksblatt den Unternehmern in Solnhofen ungünstige Mitteilungen über die Vermögenslage des Verbandes übermitteln wollte. Diese arbeiterverräterische Tat wurde dann durch die sozialdemokratische Münchener Post verwirklicht. Den christlichen Arbeitsbrüdern fiel man in der schwierigsten Situation in den Rücken, und so wurden die Unternehmer in ihrem Widerstande gestärkt.

Also auch diese Beweisführung des Herrn Wolf ist zu seinen Ungunsten ausgefallen. Nicht in einem Punkte ist der „Wahrheitsbeweis“ gelungen — trotz der sozialdemokratischen Anwaltschulke, die dem Herrn „Lupus“ zuteil wurde. Das Gericht hat dann auch bei der Verurteilung des Urteils am 31. Oktober die Tat des Herrn Wolf als das gewertet, was sie in Wirklichkeit ist, eine schmutzige Rachehat gegen den Verband, dem er früher angehört hat. Den Schutz des § 193 verjagte das Gericht dem Angeklagten unter dem Hinweis auf die Art, wie er die vermeintlichen Mißstände „bekämpft“ hat, während er zur Zeit seiner Tätigkeit im Verband in den ordentlichen Sitzungen und Generalversammlungen nichts darüber gesagt habe.

Wegen außerordentlich schwerer Beleidigung wurde Wolf nach §§ 185 und 186 des Str.-G.-B. zu 400 M. Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle für je 10 M. zu einem Tag Gefängnis verurteilt. Von Gefängnisstrafe wurde nur deswegen abgesehen, weil der Angeklagte noch nicht vorbestraft war. Die Platten der Broschüre werden vernichtet, die Broschüre eingezogen. Das Urteil kann innerhalb vier Wochen nach Rechtskraft in folgenden Zeitungen auf Kosten des Angeklagten veröffentlicht werden: „Gewerkschaftsstimme“, „Proletarier“, „Militärarbeiter“, „Korrespondenzblatt“, „Königlich. Volkszeitung“, „Münchener Post“, „Bayerisches Wochenblatt“, „Beobachter am Main“, „Fränkische Tagespost“, „Niederrheinische Arbeiter-Zeitung“. Alle Kosten einschließlich die der Widerklage wurden dem Angeklagten auferlegt. Die Widerklage gegen Oswald wurde abgewiesen.

Durch die Verurteilung Wolfs ist die Sozialdemokratie moralisch mitgetroffen und an den Pranger gestellt. Die rote Presse hat die Verdächtigungen Wolfs gierig aufgegripen und gegen die christlichen Gewerkschaften auszubenten versucht. Eine Anzahl sozialdemokratischer Redakteure sind dieserhalb schon zu beträchtlichen Strafen verurteilt worden. Sozialdemokratische Blätter geben Wolf bereitwillig ihre Spalten her, um seinen Verleumdungsfeldzug gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung fortzusetzen. Und im vorstehenden Prozeß waren Sozialdemokraten die eigentlichen Regisseure, die ihre Rolle als Meißelbeteiligte so offen spielten, daß der Verteidiger des Privatklägers Oswald vor Gericht unter Beweis stellen konnte, daß der Prozeß von Sozialdemokraten geschoben wurde und daß Sozialdemokraten dem Angeklagten Wolf den Rechtsanwalt gestellt hatten. So ist nicht allein Wolf, sondern in erster Linie die Sozialdemokratie durch das Ergebnis des Prozesses moralisch gerichtet. Als Trost bleibt ihnen nur der Gedanke, daß sie einander würdig sind.

Die christlichen Gewerkschaftler aber sehen, was davon zu halten ist, wenn Renegaten wie Wolf oder deren Helfershelfer sich als Beschützer der Rechte der Mitglieder christlicher Verbände aufspielen und gegen die ordentlichen Instanzen intrigieren.

Aus der Arbeiterbewegung.

„Textilarbeiter-Zeitung“ und Ruhrbergarbeiterbewegung. In Nr. 41 der „Textilarbeiter-Zeitung“ hatten wir unsere Auffassung zur Ruhrbergarbeiterbewegung dahin zum Ausdruck gebracht, daß die Führer des „roten“ Bergarbeiterverbandes nicht in erster Linie die Not der Bergleute bei dieser Bewegung leite, daß es vielmehr wahlpolitische Rücksichten seien, die bei ihnen den Ausschlag gäben. Hinter dem alten Bergarbeiterverband stehe überhaupt keine gewerkschaftliche Idee, sondern nur eine radikal-sozialistisch-revolutionäre Idee. Der Hirsch-Dundersche Verband habe sich von den Treibern des „roten“ Verbandes drängen lassen. Für den Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter läge u. U. die Sache so, daß er mit dem „roten“ Verbands eine Bewegung nicht gemeinsam machen könne.

Zunächst folgendes: Die sozialdemokratische Presse sucht es so darzustellen, als ob wir uns gegen eine Bewegung der Bergarbeiter um Lohnerhöhung überhaupt wenden wollten. Das ist einfach eine schloße Verdächtigung und Unterstellung. Nein, wir sind durchaus der Meinung, daß den Bergleuten in anbeacht der Verschlechterung ihrer Lebenshaltung durch die teureren Verhältnisse eine entsprechende Lohnerhöhung gewiß zukommt. Darin wird kein sozial denkender Mensch eine andere Meinung haben können. Wir halten das Vorgehen des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter in der Lohnfrage und in der Frage der Knappschaffskassen für durchaus berechtigt und notwendig. Wenn der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter heute den Bescheidern eine Lohnerhöhung abfordert, so fordert er damit nur die Einlösung eines Versprechens, das dieselben im vorigen Jahre gegeben, aber nicht gehalten haben. Und wie die Bergwerksbesitzer jetzt versuchen, die knappschafflichen Verhältnisse zu verschlechtern, ist einfach unerhört.

Wozu wir uns aber wenden wollten und gewandt haben in der Notiz, das ist die uneheliche und demagogische Art, in der sozialdemokratische Bergarbeiterführer aus der Not der Bergarbeiter Niemen für die Sozialdemokratie und die Wahlen zu schneiden versuchen. Und wie sehr wir da mit unseren Ausführungen ins Schwarze getroffen hatten, geht hervor aus dem wüsten Geschimpfe, das der ganze Chorus der sozialistischen Presse gegen uns anstimmte. Uns imponiert das sehr wenig. Wir wären wirklich auf dem falschen Wege, wenn wir Rücksicht auf die sozialdemokratische Presse und ihre Hintermänner nehmen wollten. Es wird sich später Gelegenheit finden, dazu das Weitere zu sagen.

Die sozialdemokratische „Bergarbeiter-Zeitung“ sucht den Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter gegen uns auszuspielen. Sie faßelt von einer „Rebenregierung“, die von uns in der christlichen Bergarbeiterbewegung ausgeübt werden soll. Das ist ja Unsinn. Wir haben uns nie dazu verstanden, dem Gewerbeverein vorzuschreiben zu wollen, wie er sich zu verhalten habe. Unsere Kollegen vom Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter lassen sich auch nicht von Freisen, die außerhalb des Gewerbevereins stehen, die Taktik vorschreiben. Die beschließen ihre Taktik und Stellung selbst nach den Beschläffen der verantwortlichen Instanzen. Sie sind gewiß aus wohlverwogenen Gründen auf den Weg gegangen, den sie heute gehen. Von einer „Rebenregierung“ zu reden ist also ganz und gar nicht am Plage. Wohl herrscht eine Rebenregierung bei den „frei“ organisierten Bergarbeitern, und zwar eine politisch radikal-sozialistische Rebenregierung.

Uns wird kein rotes Geheke verhindern können, unsere Meinung zu den Dingen zu sagen. Und wir haben auch deshalb ein Recht dazu, weil ein Bergarbeiterkampf für die gesamte übrige Arbeiterschaft direkt fühlbar ist und er doch mehr wie jede andere Bewegung die Sympathie und die Unterstützung der übrigen Arbeiterschaft und der großen Öffentlichkeit notwendig hat.

Wie die Dinge im Ruhrrevier ablaufen werden, weiß man ja nicht. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ scheint es zum Kampfe treiben zu wollen. Die sozialistische Parteipresse hegt, die sozialistischen und anarcho-sozialistischen Agitatoren hegen. Die Zeitung des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter sieht sich veranlaßt, eine Warnung an ihre Mitglieder zu richten, sich nicht von unverantwortlichen Hebern irreführen zu lassen. Wir haben zu den christlichen Bergleuten das Vertrauen, daß sie sich nicht von den Hebern verwirren lassen, von den Hebern, die in der Hitze der Erregung ihr politisches Süppchen lochen wollen.

Die politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften wird im Hinblick auf die kommenden Wahlen wieder besonders häufig angezweifelt. Die sozialdemokratische Presse bezogt dies übrigens gewohnheitsmäßig, um Zorntracht in der christlich-nationalen Arbeiterschaft zu säen. Bemerkenswert ist, in welche Widersprüche sie sich dabei verwickelt. In der Regel heißt's in der sozialdemokratischen Agitation, die christlichen Gewerkschaften seien Schutztruppen der Zentrumspartei, Zentrumsgewerkschaften, wie das abgeleitete Schlagwort lautet. Je nachdem es der sozialdemokratischen Taktik dienlich erscheint, hört man's aber auch anders. So schrieb die Düsseldorf „Volkszeitung“ Nr. 222, 1911:

„Dann stehen den christlichen Gewerkschaften noch andere Parteien als das Zentrum nahe. Evangelisch-nationalliberale und christlich-sozial-antifemistische Arbeiterschaften gehören in genannten

Provinzen zu Tausenden den christlichen Gewerkschaften als Mitglieder an."

Noch besser will es die Chemnitzer „Volksstimme“ wissen, die am 26. September in einer Polemik gegen ein dortiges bürgerliches Organ schrieb:

„Nun, daß die Hirsch-Dumerschen eine Schutztruppe der Freisinnigen, die Christlichen die der Nationalliberalen bilden, das weiß das Volk so gut wie wir, es hätte auch gegen die Politik der („freien“) Gewerkschaften nichts einzuwenden, wenn sie national-liberal gerichtet wäre.“

Diese widerspruchsvollen Behauptungen seien nur nebeneinander gestellt und hinzugefügt, daß weder die eine noch die andere der Wahrheit entspricht. Die christlichen Gewerkschaften haben ihre parteipolitische Neutralität bisher streng gewahrt und werden es auch in Zukunft tun. Sie sind von keiner Partei abhängig; ihren Mitgliedern lassen sie vollständig freie Hand, welchen bürgerlichen Parteien sie sich anschließen wollen. Von der Sozialdemokratie trennt sie allerdings eine tiefe Kluft, oder wie der Sozialistenhörer Bömelburg sagte, eine ganze Weltanschauung.

Sozialdemokratischer Buchdruckerverband und Gutenbergbund. In welcher rücksichtslosen Weise der sozialdemokratische Buchdruckerverband seine Stellung in den Tarifinstitutionen parteiisch mißbraucht, dafür bringt das „Zentralblatt“ (Nr. 22) einige Belege:

Wollen Mitglieder des Gutenbergbundes am Schiedsgericht, z. B. auf Maßregelung Klagen, dann müssen sie die Unterschrift des Gehilfenvertreters haben. Diese ist schon verweigert worden, weil die Klage sich gegen den Terrorismus der Verbandsmitglieder richtete. An den Schiedsgerichten selbst werden wieder Urteile von den Verbandsmitgliedern gegen Gutenbergbündler gefällt, ohne die Verteidiger zu hören. Neulich wurde z. B. in einem Urteil festgestellt, daß Gehilfen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Gutenbergbund entlassen worden sind, weil Verbandsfunktionäre dem Geschäft die Pistole auf die Brust gesetzt: die Bündler zu entlassen, widrigenfalls der Betrieb stillgelegt würde. Obwohl der Sachverhalt festgestellt, wurde die Klage abgewiesen, weil — die Aufforderung der Verbandsvertreter als Privatgespräch aufzufassen sei. So sind die Mitglieder des Gutenbergbundes einfach für vogelfrei erklärt. Oder wollen sie Berufung einlegen? In der Berufungsinstanz sitzen wieder genau dieselben Verbandsvertreter und keine objektiven Richter.

Folgender Fall, der kürzlich passierte, beweist, wie man Gutenbergbündler behandelt: Ein Gutenbergbündler ging im guten Glauben, die Firma habe den Tarif anerkannt, in eine Druckerei. Demselben wurde das sogar von der Geschäftsleitung versichert, es hat sich aber später als unrichtig herausgestellt. Das Mitglied des Gutenbergbundes wurde für tarifunrein erklärt, mußte aus dem Gutenbergbunde ausgeschlossen werden, durfte keinerlei Unterstützung erhalten und lag so 23 (dreißig) Wochen mit Familie arbeitslos. Man konnte kein Erbarmen. Aber der Gehilfenvertreter sagte ihm:

„Es liegt ja in Ihrer Hand, wieder tarifrein zu werden. Erklären Sie einfach, der Gutenbergbund hat während Ihrer Mitgliedschaft in

tariflicher Beziehung absolut nichts getan und ferner, daß Sie vom Vorstand . . . veranlaßt worden sind, in der Druckerei in Kondition zu treten, dann steht Ihrer Tarifreueklärung nichts mehr im Wege!“

Wenn also Mitglieder sich dazu hergeben, wider besseres Wissen die Unwahrheit zu sagen, nur damit der „unparteiische“ Gehilfenvertreter „Material“ gegen den Gutenbergbund bekommt, dann kann man leicht tarifrein werden. Die Verbandsvertreter sorgen schon dafür und alle Tarifinstanzen sind ja auf Gehilfen Seite von Verbandsmitgliedern besetzt.

Diese Strenge gegen Gutenbergbündler ist umsomehr zu verurteilen, als man gegen Verbandsmitglieder, die weit schlimmere Tarifverstöße begehen, viel nachsichtiger handelt. Denken wir nur an den Scherlkonflikt. Bei Scherl in Berlin legten bekanntlich 37 Rotationsmaschinenmeister unter wiederholtem Kontrakt- und Tarifbruch die Arbeit nieder. Diese wurden nicht für tarifunrein erklärt, sondern das Tarifamt ließ „Gnade vor Recht“ ergehen.

Man verlangt von den Mitgliedern des Gutenbergbundes, daß sie den Anordnungen der tariflichen Institutionen folgen, und bestraft sie, wenn sie dagegen verstoßen. Die Bekanntmachungen erscheinen jedoch nur im Korrespondent, dem Organ des Verbandes, und der Zeitschrift, dem Organ des Prinzipalvereins. Den Typograph, das Organ des Gutenbergbundes, übergeht man. Wollen die Mitglieder nun erfahren, was sie zu tun oder zu lassen haben, wollen sie wissen, wann Wahlen zu den tariflichen Institutionen stattfinden, oder welche Firmen tarifrein sind, dann müssen sie das gegenwärtige Verbandsorgan halten. Dazu zwingt sie der Tarif, der von Allgemeinheit zu Allgemeinheit abgeschlossen sein soll.

Es ist begreiflich, daß der Gutenbergbund mit aller Kraft dahin arbeitet, daß der jetzt noch bestehende unhaltbare, ungerechte und unwürdige Zustand beseitigt wird.

Sozialdemokratische Niedertracht. In einem Artikel zum Reichstagswahlkampf im Wahlkreis Necklinshausen-Borken, den bekanntlich unser Kollege Schiffer für das Zentrum vertritt, leitet sich das sozialdemokratische Bochumer „Vollblatt“ (Nr. 254, 30. Okt. 1911) folgende Niedertrachtigkeit:

Um den katholischen Arbeitern drei um den Bart zu schmieren, gab man ihnen einen Arbeiterkandidaten, dessen bishigen Arbeiterempfinden beim ersten Händedruck der hohen Zentrumsgrafen töten ging, einen echten Suppenkasperl, der alles getreulich ausstößt und unter frommem Augenverbrochen herunterwürgt. Kann man sich rückgratlosere Katastrophe vorstellen als diese Schiffer, Giesberts und Konjorten? Man kann gar nicht anderes, als an das Beispiel von den Lockbügeln denken, die dazu dreifert werden, unter falschen Vorpiegelungen ihre Gleichen zu verraten. Ein solcher Lockvogel ist der Abgeordnete Schiffer. Ein Mann, der selbst Arbeiter gewesen ist, der weiß, wie in den besten Zeiten besonders seine elend entlohnten Arbeitskollegen in der Textilindustrie zu leiden haben, der macht alles mit, was die großen Zentrumsagrarier gegen die Arbeiter aushecken, der stimmt für die

Bündholzsteuer und gegen die Erbschaftsteuer, der muß sich auch noch hinstellen und muß seine Arbeitskollegen „verkohlen“, muß den vom Zentrum im steten Dusef gehaltenen Arbeitermassen zureden, daß die agrarische Zentrums politik für die Arbeiter von Nutzen sei. Entweder ist ein solcher Mann so beschränkt, daß er selbst nicht weiß, was er tut, das wäre dann noch ein Milderungsgrund, oder er ist ein ausgemachter Demagoge.“

Diese Niedertrachtigkeit verdient kein Wort der Kommentierung. — Zum wiederholten Male tischt jetzt das Bochumer „Vollblatt“ die Lüge wieder auf, Schiffer habe für die Bündholzsteuer gestimmt?

Wachsende Ohnmacht? Es gibt kurzfristige Arbeiter, die an den gewerkschaftlichen Erfolg nicht mehr glauben, weil wir starken Unternehmerverbänden gegenüber übersehen. Die „Berliner“ suchen solche Gedanken systematisch unter's Volk zu bringen, um die Unbrauchbarkeit der „Streikmethode“ nachzuweisen. Nach außen hin reden die Unternehmer ähnliche Worte, wenn sie unter sich sind, bekennen sie ehrlich, daß die Gewerkschaften eine große Macht geworden sind.

Sind die Gewerkschaften schwächer geworden in dem Maße, als die Unternehmerverbände wachsen? Nur kurzfristigkeit und Unverstand wird das behaupten können. Unzweifelhaft hat der agitatorische Erfolg der Gewerkschaften mit dem Erstarken der Arbeitgeberverbände und der häufigeren Anwendung ihrer Kampfmethode zugenommen; aber auch die innere Festigung, die Geschlossenheit und Opferwilligkeit ihrer Mitglieder. Erst durch die Aussperrungen konnte Tausenden von Arbeitern die Augen geöffnet werden, die einem aufklarenden Worte der Kollegen nie zugänglich waren.

Daß man aber die jetzigen Erfolge auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages messen an den vor 10 und mehr Jahren? Gewiß, wir haben damals mit verhältnismäßiger Leichtigkeit 20—30 und gar mehr Prozent Lohnerhöhungen erkämpft. Das geht heute nicht mehr so leicht. Aber wie lange blieben denn damals die Erfolge? Einige Wochen oder Monate. Bei der ersten besten Gelegenheit mußte der Unternehmer schon an den 20 oder 30% zu kürzen. In den tarifierten Gewerben ist das heute ausgeschlossen, da haben die Erfolge dauernden Bestand. Auch in der Großindustrie ist das Lohnkürzen schwerer gemacht worden; es kommt auf die Arbeiter selbst an. Der gewerkschaftliche Erfolg hat heute mehr Bestand als damals. Heute werden von den kleineren gewerkschaftlichen Erfolg auch viel weitere Arbeiterkreise erfaßt als damals. Wenn die Bauarbeiter vor acht Jahren in einem Streite 30% Lohnerhöhung eroberten, war das ein Erfolg für 50—200 Leute; als sie nach dem letzten großen Kampfe 5—7% errangen, war das gleich für ebensoviel Tausend Bauarbeiter. Wenn wir in der Textilindustrie vor acht Jahren einen Kampf führten, dann hatte der meistens nur eine Bedeutung für die Arbeiter des Betriebes oder höchstens des Ortes, wenn wir heute kämpfen, dann nimmt an den Erzeugnissen dieses Kampfes zum mindesten indirekt die Arbeiterchaft des ganzen Bezirks teil. Heute, wo der Unternehmer organisiert ist, hat ein gewerkschaftlicher Erfolg seinen Wert für die gesamte Ar-

Herbst.

Schon ins Land der Pyramiden stöh'n die Siderche übers Meer; Schwabenflug ist längst geschieden, auch die Lerche singt nicht mehr. Senkend in geheimer Klage streift der Wind das letzte Grün, Und die süßen Sommerklänge, ach sie sind dahin, dahin. Nebel hat den Wald verjüngt, der dein süßes Glück gesehen; Ganz in Duft und Dämmernungen will die schöne Welt vergehn. Nur noch einmal bricht die Sonne unanfechtbar durch den Dast, Und ein Strahl der alten Wärme rieselt über Tal und Wast. Und es leuchten Wald und Heide, daß man sicher glauben mag, Hinter allem Winterleide liegt ein ferner Frühlingstag.

Epodur Eto

Ein Drama von einer christlichen Textilarbeiterin

gelangte am Sonntag, den 1. Oktober, in Barmen zur Aufführung. Die Verfasserin ist Maria Gahn, Mitglied des christlichen Textilarbeiterverbandes. Die bisher aus der Feder der Verfasserin geflossenen kleiner Gedichte und Erzählungen, die in namhaften Zeitschriften und Journalen erschienen sind, legen Zeugnis ab von einem starken Sinnen, einem viel versprechenden Talent. Mit scharfem Blick erfaßt die Dichterin die poetisch wertvollen Gegebenheiten und Probleme mitten in der Alltagslichkeit des Volkslebens, mit Fertigkeit und Feinheit zeichnet sie auch die kleinsten Züge eines Willens, ohne indes in flachem Naturalismus zu verfallen. Mag auch auf den ersten Blick ihre Kunst einer in Dampfmaschinen gehaltenen Industriestadt gleichen, man erkennt dennoch die Sonnenstrahlen der geistig sittlichen Ideale, die mit ferkelbestimmter, goldleuchtender Klarheit festrecht durch die Nebelwolken dringen.

Unser Stück: „Führe uns nicht in Versuchung“ zeigt wieder die besten Seiten des Schaffens unserer Kollegin. Nach einem nur scheinbar mühsigen, aber mit Lebens-

wahrheit gezeichneten Frauengebild erfahren wir die Vorgeschichte: Frau Lengberg, durch Anlage zum Trunk erblich belastet, ist als geheilt aus der Trinkerheilstätte entlassen worden. Der Mann legt eben die letzte Hand an zum Ausbessern der Wohnung, wobei ihm durch Zufall die später so verhängnisvolle Lyfloschke in die Hände gerät. Für die Familie des schwer geprüften Lengberg scheint nun ein neues Leben voll Freude und Segen zu beginnen, aber schon haften sich die Wetterwolken der Katastrophe zusammen. Frau Sommer, als Mädchen von Lengberg verlobt, hat, um „verjorgt“ zu werden, einen ungeliebten Mann geheiratet, ist unglücklich geworden und gönnt nun auch Lengberg, den sie schon als den vermeintlichen Urheber ihrer eigenen bösen Tage mit unchristlichem Haß verflucht, kein Glück nicht. Sie will veruchen, bei Gelegenheit einer Geburtstagsfeier die geheilte Frau zum Trinken von Sifor zu bewegen, um dadurch die angeborene Veranlagung zum Alkohol bei der unglücklichen Frau wieder zu wecken. Der zeitliche Plan gelingt. Nach einem furchtbaren Seelenkampf zerschmettert zwar das unzeitige Opfer der Leidenschaft beim Denken an seine Mutterpflichten das dargebotene Glas, aber die Neigung zum Trunk erwachte wieder mit elementarer, unbezwinglicher Gewalt. Nachdem ein böser Zufall ihre letzte sittliche Stütze, den Mann, für einige Stunden von ihr entfernt hat, wird sie nach verzweifelter Gegenwehr von ihrem unüberwindlichen Trange völlig bezwungen, aber fast zur Siforplache, die ihr Frau Sommer in schlauer Berechnung zum Aufbewahren gegeben, greift sie aus Versehen zum Sifor, um sich den Tod zu trinken.

Das ist in kurzen Zügen der Gang der Handlung, wie er in einer Serie gut durchgeführter Bilder an unjeren Auge vorüberzieht. Das Stück bildet eine streng geschlossene und künstlerisch abgerundete dramatische Einheit. Die Charakterzeichnung der Personen ist bis ins Kleinste naturgetreu und gibt allenthalben Kunde von Lebenserfahrung und Lebensweise. Es bedarf wohl durchaus keiner Erwähnung, daß Maria Gahn auch die Sprache und den Ausdruck beherrscht. Mag sie — was durchaus nicht zu leicht ist, wie es wohl scheinen mag — die schmallose Redeweise einfacher Leute und die impulsive, schwungvolle Sprechweise der Kinder nachahmen, oder in der buntpinselnden, hübereichen Sprache des Märchens (Akt II) zu uns reden, überall finden wir auch hier die

Denk- und Sprechweise der originellen, aus der Fülle eines gebiegenen Könnens schöpfenden Persönlichkeit.

Und diese Persönlichkeit ist nicht etwa eine Person, der alle Hilfsmittel der Wissenschaft und Kunst zu Gebote stehen, sondern — eine Arbeiterin — eine christlich organisierte Textilarbeiterin. Ihre Dichtung ist nicht erschienen in einem Prachtband und bei einem Verlag, der mit Tausenden um sich wirft, sondern in einem bescheidenen, für ein paar Groichen käuflichen Festchen, und durch die Buchhandlung Steinmetz, Barmen, Unterbörsenstr. 147, zu beziehen.

Dr. Ernst Breit.
Zum Beweise für das dichterische Können unserer Kollegin bringen wir den der Handlung vorausgehenden Prolog zum Abdruck:

Prolog.

Nacht sich die Zeit der sommerlichen Reife,
Da segenschwer die Halme all sich senken,
Da wird der gute, ew'ge Himmelsvater
Den Seinen wieder neue Früchte senken.
Doch heiße Sonnenglut muß sie erst reifen,
Im Sturmesfluge müssen sie erbeben,
Des Wetters Blitze müssen sie umzuden,
Des Himmels Raß die Schwachtenden beleben.
Und er, der Sturmesnacht den Palmen sendet,
Kann sie den Menschenkindern nicht ersparen,
Er muß die Seelen läutern wie im Feuer.
Und will die Leidenschaft im Sturm durchfahren
Ein Menschenherz, das matt vom langen Kampfe,
Es mag mit Mut und doch mit Jagen fallen:
„Sei du mir Schutz und Schild vor jähem Blitzen,
In der Versuchung, Herr, laß mich nicht fallen!“
Und fiel es doch, weil es den Hart verassen,
Verjüngten es die heißen, jähren Lohen —
So mancher Halm im Felde wird zer schlagen,
Und mancher Frucht wird feiß Verderben drohen.
Wir richten nicht, wir alle müssen beten:
„In der Versuchung, Herr, laß uns nicht fallen!“
Uns alle muß der große Sturm erproben;
Und nur die Demut läßt der Herr nicht fallen.
So manchen hat die Leidenschaft des Trunkes
In starre Eisenfessel hart geschlagen,
Wir reichen helfend ihm die Bruderrechte,
Und uns're Liebe soll ihn aufwärts tragen.

Vertrauensmänner,

Ihr seid die Träger unserer Bewegung, ihre Pioniere! Pionierarbeit gilt es jetzt zu leisten unter den Launen und Laßigen. Der Verband verläßt sich auf Euch. Ihr werdet sein Vertrauen rechtfertigen.

beiterschaft des organisierten Unternehmertums. Einen Umstand muß man mit in Rücksicht ziehen, den wir für außerordentlich wertvoll halten. Wenn vor Jahren gestreift wurde, so regte das keinen Menschen auf, der jenseits der Grenzen des Reichens wohnte. Unsere heutigen großen Kämpfe sind ein gewaltiger Appell an die ganze Öffentlichkeit. Große Streiks und Aussperrungen sind eine Landssache, sind eine Mahnung an das soziale Gewissen der Öffentlichkeit, rufen selbst die Regierungen auf den Plan und bilden einen tüchtigen Schritt weiter auf dem Wege zu unseren Forderungen an Staat und Gesellschaft.

Heute sind unsere Kämpfe aber auch ein Schritt auf dem Wege zum konstitutionellen Fabrikbetrieb. Jede große Aussperrung führt uns da ein Stück weiter, und zwar nicht bloß für einen Betrieb, für einen Ort, nein, für einen ganzen Bezirk und gar für ein ganzes Reich. Da liegen die großen, prinzipiellen Erfolge unserer heutigen Kämpfe, an denen sich die früheren Jahre gar nicht messen können. Der große Bauarbeiterkampf, der Kampf der Werftarbeiter u. a. haben es bewiesen, daß selbst das stärkste und bestens organisierte Arbeitgeberum den Gewerkschaften nicht dauernd standzuhalten vermag. Zahlreiche Kämpfe in der Textilindustrie haben dasselbe bewiesen. Erst in den großen Kämpfen haben die Gewerkschaften ihren dauernden Wert für die Arbeiter erbringen können.

Christliche Gewerkschaften und Arbeitervereine auf dem Lande.

Ein Funktionär der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands schreibt dem „Zentralblatt“ einen Artikel über die Ausbreitung der Arbeitervereins- und Gewerkschaftsbewegung auf dem Lande. Der Verfasser vertritt die Auffassung, daß es im allgemeinen auch für die Gewerkschaften besser sei, wenn man auf dem Lande zunächst mit der Gründung von Arbeitervereinen begänne, dann später mit der Gewerkschaft nachkäme. Bei den Arbeitern in ländlichen Orten fehlten meistens alle Vorbedingungen, die zur richtigen Erfassung des Gewerkschaftsgedankens sowie zur Führung einer Ortsgruppe unbedingt notwendig sind.

So ergaben sich für die Gewerkschaften im Laufe der Zeit eine ganze Menge von Schwierigkeiten, die es ratfam erscheinen ließen, auf dem Lande die Arbeitervereine vorarbeiten zu lassen.

„Ob die christlichen Gewerkschaften“, schreibt dazu das „Zentralblatt“, „in allen bisher brach liegenden ländlichen Gegenden warten können, bis die Arbeitervereine Fuß gefaßt und gewerkschaftliche Vorarbeit geleistet haben, ist eine Frage der Praxis, die nicht von der Einsicht und dem guten Willen der christlichen Organisationen, sondern von dem Vorgehen unserer gemeinsamen Gegner, vornehmlich der Sozialdemokratie entschieden wird. Denn die christlichen Gewerkschaften sind nicht allein da. Bekannt ist, daß die „freien“ Gewerkschaften gerade in den ländlichen Gegenden sich erfolgreich als die Pioniere des Sozialismus betätigen. Der „Vorwärts“ Nr. 36/1911 hat es dem „Grundstein“ als hohes Verdienst angerechnet, daß er in ländlichen Gegenden der Schrittmacher der Sozialdemokratie gewesen sei. Ausschließlich diesem Zweck dient der neue Landarbeiterverband, der in zwei Jahren schon über 10000 Mitglieder gesammelt haben will. Die scharfe Konkurrenz der Gegner kann es häufig mit sich bringen, daß die christlichen Gewerkschaften ohne Verzug einsehen müssen, wenn das Feld nicht dem Gegner überlassen bleiben soll. Deshalb kann man die Tendenz des vorstehenden Artikels: zuerst konfessionelle Arbeitervereine, dann gewerkschaftliche Berufsorganisation, wohl als zweckentsprechende und wünschenswerte Regel hinstellen, die aber Ausnahmen gestatten muß. Es wird u. E. auch für ein fruchtbares Ergebnis der gegenseitigen Waffenbrüderschaft weniger darauf ankommen, ob der Arbeiterverein oder die Gewerkschaft zuerst gegründet wurde, sondern darauf, daß an allen Orten beide Korporationen vorhanden sind und sich gegenseitig tatkräftig unterstützen.“

So die Meinung des „Zentralblattes“, die wir uns ganz zu eigen machen möchten. Es möge aber noch hinzugefügt werden: Der Verfasser des Artikels scheint nicht genügend zu berücksichtigen, welche Folgen es für die Gewerkschaften hat, daß sie heute mit relativ starken, sich über ganze Bezirke erstreckende Arbeitgeberorganisationen zu tun haben. Das macht in zahlreichen Fällen die Agitation auf dem Lande unbedingt notwendig, so gern man sähe, daß vorher mit dem Arbeiterverein eingeseßt worden wäre. Dann ist aber auch in der Regel die Sache so, daß die christlichen Gewerkschaftler bald die Gründung eines Arbeitervereins veranlassen.

Industriepolitik oder Bauernfürsorge? Das ganze sozialdemokratische Programm ist auf eine ständig fortschreitende Industrialisierung zugeschnitten. Für das Bauerntum hat die Sozialdemokratie niemals Verständnis gehabt. Sie schreibt heute wieder mehr denn je: „Nieder mit den landwirtschaftlichen Böllern!“ Mag der Bauer dabei zugrunde gehen. Welch ein gefährliches Spiel damit die Sozialdemokratie nicht nur für unsere Landwirtschaft, sondern auch für unsere Volksgemeinschaft, für unsere Industrie und namentlich für die Arbeiterschaft treibt, stellt uns der Sozialist Gerhard Hildebrand in seinem Buch: „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriekapitalismus“ plastisch vor Augen.

Hilbebrand zeigt die allenthalben zu beobachtenden Entwicklungstendenzen im Wirtschaftsleben der Völker. Ueberall Förderung der Entwicklung des Industrialismus, überall riesenhafte Fortschreiten desselben unter Zurückbleiben der Landwirtschaft. Bauernländer sind Industrieländer geworden, andere sind auf dem Wege dieser Entwicklung. Der Bedarf der Menschen und der Industrie an landwirtschaftlichen Erzeugnissen wächst ins Riesenhafte, aber die Landwirtschaft ist zu klein geworden, um den Bedarf zu befriedigen. Das trifft in erster Linie für die europäischen Industrieländer zu, weil es ihnen an industriellen Rohstoffen mangelt. Wenn nicht Vorkehrungen getroffen werden, haben wir damit zu rechnen, daß die Nahrungs- und Kleidungsbede im Ganzen zu kurz wird, daß die Industrie in ihrer Gesamtheit schweren Entwicklungsstockungen entgegengeht.“ Dann „wird zwar der Kampf um den Anteil an den vorhandenen Gütern nicht aufhören, aber er wird zurücktreten müssen hinter der gemeinsamen Sorge für die Sicherheit einer zureichenden Bauerngrundlage oder für die Anpassung des industriellen Ueberbaues an die bleibend vorhandene Grundlage“. Wir haben ja ähnliche Verhältnisse bereits in der Baumwollindustrie, wo die Rohstoffbeschaffung zu schweren Störungen Anlaß gibt.

Hilbebrand folgert so, daß die Abhängigkeit der Industrieländer in ihrem Lebensmittel- und Industriebedarf von den Bauernländern schließlich zu einer gewaltigen Ueberlegenheit dieser über jene führen muß, die eine förmliche industriestaatliche Bevormundung nach sich zieht. Und wie wird es dem Proletariat jenes Staats ergehen, der keine Bauerngrundlage unter den Füßen hat? Es wird „mit oder ohne Sozialismus vollständig zusammenbrechen“ müssen.

„Es erzählt in Hunger und Blöße, daß es überflüssig geworden ist, sobald ihm die feste Bauerngrundlage unter den Füßen fehlt. Ueberflüssig und zugleich hilflos. Es nützt ihm nichts mehr, die Kapitalisten enteignen zu wollen, denn die industriellen Produktionsmittel sind nicht mehr verwertbar. Das einzige, was helfen könnte, wäre eine schnelle Ueberführung der industriellen Ueberflüssigkeitsproduktion in die landwirtschaftliche Produktionsphäre. Aber das ist keine leichte, eine kaum mögliche Sache. . . . Auswanderung und künstliche Beschränkung der Geburtenziffer vereinen sich in Jahrzehntelanger Hungersnot, die Bevölkerung zu dezimieren, den industriellen Ueberbau mit der Nahrungs- und Kleidungsgrundlage in Uebereinstimmung zu bringen.“

Um diesen Schreckens- und Glanzzeiten zu entgehen, verlangt der Sozialist Hilbebrand neben einer Industriepolitik eine kräftige Bauernfürsorge und eine großzügige Kolonialpolitik. Die deutsche Sozialdemokratie lehnt beides ab, weil ihr die Politik der Ehrfurcht und tönenden Worte einen billigen agitatorischen Erfolg verspricht. Sie richtet ihre ganze „Arbeit“ ein auf den Grundsat: nach uns die Sintflut.

Koalitionsrechtsforderungen der Arbeiter. Gegenwärtig laufen gewisse Kreise wieder gewaltig Sturm gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Da ist es an der Zeit, die Forderungen wieder laut zu erheben, die die Arbeiter seit Jahr und Tag schon gestellt haben, ohne inbesseren Gehör zu finden. Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter ist so kümmerlich, daß von einer eigentlichen Koalitionsfreiheit durchaus nicht die Rede sein kann.

Als Forderung muß die Arbeiterschaft erheben zunächst die Erweiterung des § 152 der Gewerbeordnung auch auf Verabredungen und Vereinigungen, die auch die Erhaltung der bestehenden Arbeitsbedingungen bezwecken. Geseßlich ausgesprochen ist das Koalitionsrecht eigentlich nur für solche Zwecke, die die Erlangung besserer Lehr- und Arbeitsverhältnisse bezwecken, nicht auch, die bestehenden erhalten wollen.

Ferner muß die Arbeiterschaft einen Schutz dem Koalitionsrecht und der Koalition fordern. Heute ist die Koalition der Arbeiter sozusagen „vogelfrei“, wogegen die Berufsverbände anderer Stände — der Handwerker — weitgehendsten Schutz genießen und mit vielen Rechten ausgestattet sind. Eine schreiende Ungerechtigkeit muß dadurch aus der Welt geschaffen werden, daß der § 153 der Gewerbeordnung so gestaltet wird, daß auch Versuche zur Zwangsweise Verhinderung der Koalition, wie sie Arbeitgeber unzählige Male anwenden, unter Strafe gestellt werden. Ferner klare Bestimmung dessen, daß es auch Arbeitgeber oder Angehörigen anderer Klassen verboten ist, ihre Kollegen durch Drohung oder Zwang zu einer Koalition zu bewegen. Ferner: Geseßliche Stipulierung des Rechts auf Streikpostentzügen, Entfernung der Koalitionsfreiheit hindernden Bestimmungen des Vereins- und Versammlungsrechtes, Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine, so zwar, daß sie nicht zu einer Last und Fessel für dieselben wird. Wir müssen ein regelrechtes Gewerkschaftsrecht fordern, das uns schon so lange not tut.

Die gewerbliche Arbeiterschaft muß diese Forderungen um so lauter erheben, je mehr die Fäden für eine Verschlechterung unseres Koalitionsrechtes gesponnen werden.

Eine große Aussperrung in der Tabakindustrie. In der westfälischen und neuerdings in der niederelbischen Zigarrenindustrie hat sich im Laufe der letzten Wochen ein schwerer Kampf entwickelt, der wegen seiner Eigenart, seinem Umfang und seiner Bedeutung die Aufmerksamkeit der weitesten Öffentlichkeit auf sich zieht.

Die Zahl der Aussperrten beträgt in Westfalen nahezu 10000 darunter mehr als 4000 weibliche. Davon gehören fast 2000 dem christlichen Tabakarbeiterverbande an. Um den Aussperrten in Westfalen nicht in den Rücken fallen zu müssen, haben die Arbeiter in Hamburg-Altona, Bremen usw., 2500 an der Zahl, ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich dabei um Firmen, die im genannten Städtegebiet ihren Sitz haben und Filialen in Westfalen unterhalten. Nunmehr wollen auch die übrigen daselbst in Frage kommenden Firmen die Arbeiter aussperrern. Damit dürfte sich der Kampf bald auf rund 14000 Arbeiter erstrecken.

Diese große Aussperrung ist von den Fabrikanten aus einer geringfügigen Ursache ins Werk gesetzt worden. Die Arbeiter hatten bei 12 Firmen bescheidene Forderungen gestellt. Die Lage der westfälischen Tabakarbeiter erhellt daraus, daß nach dem Bericht der Tabakberufsgenossenschaft in den drei wichtigsten Kreisen 11557 Arbeiter einen täglichen Durchschnittsverdienst von 2,16 M. hatten. Die Forderungen wurden scharf abgewiesen. Was man mit der Aussperrung bezwecken wollte, geht daraus hervor, daß man allen organisierten Arbeitern kündigte, ohne Rücksicht darauf, ob die betreffende Organisation an den erstgestellten Forderungen beteiligt war oder nicht. So kamen nur 15 christlich organisierte bei den genannten 12 Firmen in Frage. Sie standen, 120 „frei“ organisierten gegenüber. Der Kirch-Dunderliche Gewerksverein hatte kein einziges beteiligtes Mitglied an der Lohnbewegung, trotzdem wurden seine Mitglieder mit der Aussperrung bedacht. Man wollte also jegliche Organisationsfähigkeit der Arbeiter treffen, gleichviel, ob dazu ein Anlaß vorlag oder nicht.

Selten dürfte wohl in ungerechterer Weise eine Aussperrung verhängt worden sein, wie das hier der Fall ist. Die betreffenden Arbeiterorganisationen haben sich die Unterstützung der gesamten organisierten Arbeiter gesichert. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat dem ihm angeschlossenen christlichen Tabakarbeiterverband nachdrücklichste Unterstützung zugesagt. — Wie übrigens sich diese gewaltsame Aussperrung mit den klagenden beteiligten Tabakindustriellen zusammereimt, ihre Lage wäre sehr gedrückt, ist nicht recht zu verstehen. Ob sie sich damit besondere Sympathien erwerben wollen?

Die christlichen Gewerkschaften in Belgien haben, wie aus dem kürzlich erschienenen Bericht hervorgeht, eine recht erfreuliche Entwicklung genommen. Allgemein herrscht die Zuversicht, daß es nur noch kurzer Zeit bedarf, um den Vorsprung der sozialistischen Gewerkschaften einzuholen. Die um die Mitte dieses Jahres aufgenommene Statistik verzeichnet 1008 Gewerkschaftsvereinigungen mit insgesamt 71235 Mitgliedern. Ihre Verteilung ist die folgende:

Industrie	Zahl der Mitglieder-
	Bereinigungen
Nahrungsgewerbe	26 968
Waffenindustrie	16 933
Baugewerbe	92 3250
Holzindustrie	69 4278
Ziegeleien	43 3523
Schuhindustrie	25 849
Eisenbahnen	54 7742
Spitzenindustrie	8 311
Diamantindustrie	4 263
Dock- und Transportarbeiter	23 1986
Wanderarbeiter	226 14249
Gärtnerei	6 480
Buchgewerbe	18 905
Metallindustrie	91 4448
Bergbau	99 5805
Malerei	13 440
Steinindustrie	39 1209
Textilindustrie	78 13539
Bekleidungsindustrie	23 1511
Verschiedene	55 4546
	1008 71235

Wie in Deutschland, so werden auch in Belgien die christlichen Gewerkschaften nicht selten von den Unternehmern ärger bekämpft, wie die sozialistischen, was aber die ersteren trotzdem nicht abhält auch der Industrie gegenüber nach wie vor objektiv zu bleiben und den Klassenkampf abzulehnen. Die Zentralisation der christlichen Gewerkschaften Belgiens läßt noch zu wünschen übrig. Manche Vereinigungen kommen über den lokalen oder höchstens Bezirkscharakter immer noch nicht hinaus. Auch die Organisations- und Agitationsarbeit muß noch einheitlicher, systematischer und großzügiger betrieben werden. Einen glänzenden Beweis dafür, was sich durch eine zentralisierte und den modernen Anforderungen entsprechende Organisation erreichen läßt, liefert unsere belgische Brudervereinigung, der Textilarbeiterverband. Dieser Verband arbeitet mit angemessenen Beiträgen, gut redigiertem Organ und freigestellten Kräften. Er konnte aber auch in drei Bewegungen 123000 Frs. ausbezahlen und seine Mitgliederzahl von 5250 am 30. Juli 1910 auf 10040 am 30. Juli 1911 erhöhen. Möge sein Beispiel mehr und mehr Nachahmung finden und mit der äußeren Entwicklung auch der innere Ausbau der christlichen Gewerkschaften Belgiens Hand in Hand gehen.

Es ist ihnen nach der Mühe. Wer die Schreiberreien der sozialdemokratischen Parteipresse und eines Teiles der „freien“ Gewerkschaftsorgane liebt, gewinnt einen Eindruck, als ob die sozialdemokratischen Redakteure und Agitatoren dächten: Es ist eine Lust zu leben. Zwar hat die Sozialdemokratie immer, wie Bebel mal

sagte, „riesiges Schwein“, aber so wie jetzt ist ihnen das „Glück“ noch selten nachgelassen. Einen gelegeneren Geh- und Wühlstoff für die Reichstagswahlen wie jetzt die Teuerung ist den sozialdemokratischen Zeitungs- schreibern und Versammlungsschreibern noch nicht in die Quere gekommen. Es wäre doch jammer schade, wenn die Teuerung bald erheblich nachlassen wollte. Dann wären den Genossen fette Agitationsbrocken aus den Fingern geglitten. So denken die heute, deren poli- tisches Geschäft die Verheerung der Massen ist.

Wenigstens kann man aus der sozialdemokratischen Presse schlecht einen anderen Eindruck gewinnen. Ueber- gens ist es ja auch eines Genossen erste Pflicht, alles unter dem Gesichtswinkel der Agitation zu betrachten. In den Parlamenten stellen sie Forderungen, die keine andere, auf praktische Erfolge bedachte Partei stellt, die die Regierung unmöglich bewilligen kann, nur aus Gründen der Agitation. Wenn sie praktisch arbeiten wollten, dann könnten sie, nach einem offenen Bekennt- nisse eines sozialdemokratischen Abgeordneten des preu- ßischen Landtages, keine großen Reden mehr halten, und wenn sie keine großen Reden mehr halten könnten, dann — bitte die Agitation Schaden. Der unversäufte Ge- nosse kennt nur eine Sorge — die Agitation. Alles muß sich diesem Zwecke unterordnen, auch die Teue- rung.

Was hat denn die sozialdemokratische Parteipresse in der Teuerung geleistet? Nur gehetzt. Durch eine maßlose Uebertreibung der Teuerung hat sie die Markt- stimmung geschaffen, die es dem Großhandel leicht machte, die Preise in die Höhe zu treiben. In der wirt- schaftlichen Zeitschrift „Die Konjunktur“ sagt der sozial- demokratische Nationalökonom Calmer, der Lehrer an der sozialdemokratischen Gewerkschaftsschule, die Ueber- treibungen der sozialdemokratischen Presse hätten Preis- treiberereien geradezu provoziert. Sie schob die ganze Teuerung der deutschen Schutzpolitik in die Schuhe und bot damit dem Handel eine Entschuldigung und Rückendeckung. Vielleicht liegt in diesem Treiben auch insofern Absicht, als jene Preise des Handels zum großen Teil politisch den Sozialdemokraten sehr nahe stehen. Bei den Reichstagswahlen müssen diese Kreise sich den Genossen gegenüber erkenntlich zeigen.

Was haben die Genossen in der Teuerung praktisch geleistet? Sehr wenig. Wo sind praktische Vorschläge zur Abwehr der Teuerung, die Aussicht auf schnelle Durchführung hatten und schnellen Erfolg versprochen? Sie sind außerordentlich dünn gesät. Ueber den Vorschlag, die landwirtschaftlichen Schutzzölle abzuschaffen, sind zahlreiche rote Parteifaktoren nicht hinausgekommen. Hätten in den Stadtparlamenten die bürgerlichen Parteien nicht gearbeitet, wäre auch das Wenige nicht einmal geschehen, was geschehen ist.

Jedenfalls wollen es die Genossen nicht anders. Wenn gegen die Teuerung viel geschähe — die Agitation könnte darunter leiden. Darum geht den Genossen die Sache so recht nach der Mücke.

Aus unserer Industrie.

Rundschau auf dem Textilmarkt.

Der Arbeitsmarkt weist auch für den September eine günstigere Gestaltung auf. In das Reichs- arbeitsblatt berichteten im ganzen 734 Arbeitsnach- weise. Bei diesen sind für männliche Arbeitssuchende 345 000 (368 000) Gesuche eingelaufen, denen 260 000 (259 000) offene und 209 000 (213 000) vermittelte Stellen gegenüberstehen. Arbeitsgesuche von weiblichen Ar- beitern kamen insgesamt 55 000 (75 000) Gesuche ein; offene Stellen waren 92 000 (83 000) vorhanden gegen 55 000 (49 000) Vermittlungen. Schon aus diesen ab- soluten Zahlen geht hervor, daß der Arbeitsmarkt sich gegen den Vormonat verbessert hat. Das zeigt sich noch klarer bei den Relativzahlen. Auf 100 offene Stellen kamen bei den männlichen Personen im September 133 Arbeitsgesuche gegen 142 im Vormonat und 145 im gleichen Monat des Vorjahres. Der September hat also den kleinen Rückgang im August weit überholt. Nicht das gleiche kann von dem Arbeitsmarkt für weib- liche Personen gesagt werden. Hier hat die weichende Tendenz ungehalten, die um so bedenklicher erscheint, als nicht nur gegen den Vormonat dieses Jahres, sondern auch gegen den September 1910 ein Rückgang zu ver- zeichnen ist. Auf 100 offene Stellen kamen im Septem- ber d. J. 92 Arbeitsgesuche, im August dagegen nur 90 und im September des Vorjahres gar nur 87.

In unserer Industrie

mussten wir im August einen erheblichen Rückgang des Beschäftigungsgrades registrieren. Er hat glücklicher- weise nicht angehalten, wenn auch von einer nennens- werten Verbesserung keine Rede sein kann. Auf 100 offene Stellen kamen im September 135 Arbeits- gesuche männlicher Arbeitssuchenden, gegen 136 im August und 147 im September des Vorjahres. Der günstige Stand vom Juli, wo auf 100 offene Stellen 126 Arbeitsgesuche kamen, ist somit noch nicht wieder erreicht. Bei den weiblichen Arbeitssuchenden kamen auf 100 offene Stellen 84 Arbeitsgesuche im September, im August 85, so daß wir also eine annähernd gleiche Lage haben wie im Vormonat. Gegen den September des Vorjahres ist gar keine Veränderung eingetreten, denn auch da kamen auf 100 offene Stellen nur 84 Ge- suche. Die der allgemeine Arbeitsmarkt für weibliche Arbeiter kein günstiger ist, so auch der in unserer In- dustrie. Seit dem Mai, wo auf 100 offene Stellen nur 56 Gesuche kamen, ein allerdings außerordentlich günstiges Verhältnis, hat sich der Arbeitsmarkt verschlechtert, bis er zu den heutigen Zahlen gekommen ist.

Für unsere Industrie waren insgesamt 2185 Ar- beitsgesuche eingelaufen, während 1498 offene Stellen

vorhanden waren und 1479 vermittelt wurden. Die Zahlen sind durchweg niedriger als im August, wo sie sich auf 2476, 1787 und 1636 stellten.

Die

Lage der deutschen Volkswirtschaft

ist heute keine einheitliche. Zuerst wurde sie durch die Marokkaffäre in Atem gehalten, dann kam der Feldzug Italiens gegen die Türkei und die chinesischen Wirren. Während der Papiermarkt verschiedentlich unter diesen Verhältnissen zu leiden hatte, konnte ein Einfluß auf die Industrie nicht bemerkt werden. Eher kann dies vielleicht von der immer noch bestehenden Teuerung gesagt werden. Die Textilindustrie hat einiges Interesse daran, daß unsere Handelsbeziehungen zu der Türkei keine Unterbrechung erfahren. Die Ausfuhr an baumwollenen Geweben dahin betrug nämlich im Jahre 1910 insgesamt 1809 t im Werte von 6,163 Mill. Mark. An Wollengeweben gelangten 2289 t zur Ausfuhr im Werte von 15,460 Mill. M. Diese Werte sind ja keineswegs sehr hoch, immerhin wäre es zu bedauern, wenn durch eine ev. politische abweichende Stellungnahme von der Türkei diese Abnahmekurve für Deutschland verloren ginge. Dabei darf nicht vergessen werden, daß der türkische Markt noch sehr ausdehnungsfähig ist. Vielleicht bringt die Boykottierung der italienischen Waren der deutschen Textilindustrie einigen Gewinn, da die italienische am stärksten von allen Ländern an der tür- kischen Einfuhr beteiligt war.

Lage der Baumwollindustrie.

Auf dem Rohstoffmarkt der Baumwoll- industrie haben die Preise ihre stark weichende Tendenz bewahrt. In der Zeit vom 27. September bis 4. Oktober kostete ein Pfund Rohbaumwolle mittlerer Qualität 55 1/2 Pfg., in der Woche vom 11. bis 18. Oktober nur noch 48 1/2 Pfg. Wenn wir bedenken, daß vor noch nicht allzu langer Zeit die Preise 70 bis 75 Pfg. für die gleiche Quantität waren, so können wir verstehen, daß diese Abschwächung nicht ohne Einfluß auf unsere gesamte verarbeitende Industrie sein kann. Die sinkenden Preise erklären sich natürlich aus den Schätzungen der Welt- ernte, die fortgesetzt sehr günstig toziert wird. Nach Schätzungen von Bayers soll sie 14—15 Mill. Ballen betragen. Das internationale Komitee der Baumwoll- fabrikanten trat jüngst in Berlin zusammen. Es befaßte sich auch mit der Einschränkung des Betriebs in Baum- wollspinnereien, beschloß aber dann davon abzusehen, da sich — eine Folge der niedrigen Baumwollpreise — eine Besserung bemerkbar mache. Bei der Würdigung dieses Beschlusses dürften allerdings auch die Schwierigkeiten, die der technischen Durchführung einer internationalen Betriebsbeschränkung entgegenstehen, nicht vergessen werden. Infolge der sinkenden Rohstoffpreise ist auch auf dem Geldmarkt ein starker Rückgang der Preise eingetreten. Diese Bewegung ist insofern nicht unbedeut- lich, als die bisherigen Preise ja in keinem Verhältnis zu den Baumwollpreisen standen: auch wohl noch teurer eingelaufte Vorräte an Baumwolle vorhanden sind. Die Preise für Baumwollgarn sind innerhalb drei Wochen (30. September bis 21. Oktober) um durchschnittlich 8 Pfg. gesunken! Dabei sind die Verbraucher wie stets bei sinkenden Preisen zurückhaltend. Die Lage ist trotz einiger Abschlüsse im R.-Glabbacher Industriebezirk nicht günstig, und es ist kein Anlaß zu rosigem Hoffnungen vorhanden. Es ist dies im Interesse der Baumwoll- spinnereien zu bedauern; wie sehr diese gelitten haben, beweist der Sturz des Kurswertes der Anteilseine. Der Durchschnittskurs betrug am 1. Januar 170,67 M., er ist bis zum 31. August auf 165,14 M. gefallen. Die Lage der Baumwollweberereien ist nach wie vor ungünstig. Die ungünstige Lage der Baumwollspinnereien ist eine internationale Erscheinung. Auch Dänemarks Spinnereien die 82 000 Spindeln beschäftigen, machen hiervon keine Ausnahme. Man plant deshalb in inter- enzierten Kreisen eine Vereinigung sämtlicher Fabriken (auch der Weberereien)! Doch scheint mir ihr Zustande- kommen sehr fraglich.

Vom Wollwarengeschäft.

Auf dem Wollmarkt war die Stimmung zeitweise etwas besser, doch ist eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten. Die Käufer decken nur den notwendigen Bedarf. Auch das Auslandsgeschäft liegt ruhig. Dasselbe gilt von Kämmlingen und Kammtügen. In Wollabfällen ist gegen Anfang der Berichtszeit eine Besserung eingetreten sowohl was den Abgang, als auch die Preise, die sich wieder etwas heftigen konnten, betrifft. Die Nachfrage nach Wollgarn ist nicht be- deutend, die Verbraucher hoffen auf billigere Preise. Streichgarn in Cheviotqualitäten waren lebhaf- ter gefragt, während in Strickgarn kaum Geschäfte von einiger Bedeutung abgeschlossen wurden. Der Markt in halbwollenen und wollenen Geweben lag ruhig, am Inlandsmarkt macht sich zwar eine gewisse Lebhaftigkeit bemerkbar, das Exportgeschäft dagegen liegt ganz darnieder.

In der Birkenwareindustrie hat sich kaum etwas geändert; der Export ist ganz unbefriedigend — des- gleichen die Preise.

Aus dem R.-Glabbacher Industriebezirk wird berichtet, daß das Geschäft in Cheviot- und Kammgarnen in letzter Zeit zwar etwas lebhafter war, von einem befriedigenden Zustand aber keine Rede sein kann. Kammgarne wichen etwas in Preise, während Cheviotgarne sich im allgemeinen behaupten konnten.

Die Kammgarn- und Cheviotweberereien sind durchweg ungenügend beschäftigt, wenn auch einzelne Werke mehr Aufträge erhalten haben. Man hofft, daß bald eine Belebung des Geschäftes eintreten wird.

Die Nachricht von den ausländischen Woll- märkten lautet keinesfalls ermutigend. In England liegt das Geschäft ruhig. Obgleich die Preise wiederum nachgeben mußten, blieb eine größere Nachfrage aus. Das gleiche gilt von Frankreich.

Im Gegensatz zu diesen ungünstigen Nachrichten des In- und Auslandes lauten die vom Gera-Weitzer Industriebezirk sehr optimistisch. Besonders erfreulich soll sich das Exportgeschäft der Spinnereien entwickelt haben, von denen die Kammgarnspinnereien sehr gut beschäftigt waren. Der Inlandabsatz für Stapelartikel ist sehr befriedigend, weniger für Neuheiten, doch hofft man auf baldige Belebung des Geschäftes.

Flachs und Leinen.

Die Lage auf dem Flachs- und Leinwandmarkt ist zwei- spältig. Nach Flachs- und Leinwand herrscht lebhafteste Nachfrage, die Preise sind sehr fest. Dagegen halten die Spinner im Ankauf des Rohmaterials stark zurück. Es rührt dies von den hohen Preisen her, die bei dem schwachen An- gebot von Flachs eine steigende Tendenz zeigen. Ueber den Ausfall der russischen Ernte herrscht immer noch keine Klarheit, das eine aber ist sicher, daß die von früheren Ernten noch vorhandenen Vorräte nur noch sehr gering sind. Französischer, belgischer und holländischer Flachs ist fast ganz erschöpft.

Die Leinenweberereien sind immer noch befrie- digend beschäftigt; einer besonderen Lebhaftigkeit erfreut sich das Auslandsgeschäft. Trotz der regen Nachfrage, die in einigen Branchen, z. B. in der Taschentuchweberet, sehr stark hervortritt, wird über ungenügende Preise geklagt, die in den allzu hohen Rohstoffpreisen ihre Ursache haben.

Wechnlich ist die

Lage der Hanf verarbeitenden Industrie.

Der Ausfall der Hanfernte soll ganz mangelhaft sein — nur einen halben Normalertrag soll sie bringen. Das veranlaßt den Verband deutscher Hanfspinnereien und Bindfadenfabriken, den Preis ihrer sämtlichen Fabrikate um 10 Pfg. zu erhöhen. Als Grund dieser Maßregel werden außer dem Angeführten noch der geringe Vorrat an früheren Ernten und übermäßige Preisforderungen der Produzenten genannt.

Im M.-Glabbacher Bezirk hat sich die Nachfrage be- sonders in rohen und gedöckelten Flachs- und Wergarnen vermehrt, die Spinner sind aber auch hier zurückhaltend. Die Garnpreise tendieren nach oben.

Der Farnmarkt

Ist nach wie vor günstig. Die Preise haben sich weiter befestigt. Diese Tatsache ist in erster Linie auf den Schlussbericht der indischen Regierung über die Ernte- schätzung zurückzuführen. Darnach wäre eine Ernte von 8 234 700 Ballen zu erwarten. Diese Summe ist im Verhältnis zum Weltbedarf, der auf 9 000 000 Ballen geschätzt wird, gering. Die Folge dürften weitere Preis- steigerungen sein.

Aus der Seidenbranche.

Nach nunmehr vorliegenden zuverlässigen Schätzungen beträgt die verfügbare Weltseidenenernte für 1911/12 25,8 Mill. kg. Davon entfallen auf Europa 4,9 Mill. kg, wovon Italien allein mit 3,5 Mill. kg beteiligt ist, auf die Levante und Zentralasien 2,9 Mill. kg und 16,9 Mill. kg auf Ostasien. An der letzten Summe partizipiert Japan mit 10,2 Mill. kg. In der abgelaufenen Kam- pagne betrug der Ertrag der Seidenenernte 24,6 Mill. kg, also 1,2 Mill. kg weniger als jetzt. Vielleicht ist es auf diese günstige Schätzung zurückzuführen, daß in Noh- seide von den Verbrauchern nur der allernötigste Be- darf gedeckt wird. Auch mögen wohl manche glauben, daß eine Fortsetzung des Krieges eine Abschwächung der Preise herbeiführen könne. Die Nachfrage nach Seiden- stoffen ist noch nicht sehr lebhaft. Dagegen ist das Geschäft in Taffet sowie in Musseline für Ball- kleider zufriedenstellend. Eine sehr günstige Gestaltung weist der Samt- und Blüschmarkt auf, wo besonders im Inland starke Nachfrage herrscht. Die exportierenden Firmen klagen über den Ausfall von Aufträgen nach dem Orient und Kleinasien!

An dem Hauptitz der Praxmattenindustrie — in Krefeld — wurde eine Einkaufsvereinigung rheinischer Praxmattenfabrikanten G. m. b. H. gegründet.

Die Seidenindustrie in Frankreich weist zwar keine besondere Lebhaftigkeit auf, doch ist das Geschäft nicht ungünstig.

Die Textilindustrie in ihrer Gesamtheit in Deutschland zeigt unzweifelhaft ein günstigeres Gepräge als seit langem. Wenn keine störenden äußeren Ereignisse ein- treten, dürfen wir hoffen, daß die Auswärtsbewegung anhält.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

Föllnbeck.

Ende des Streiks bei der Firma G. A. Deltius u. Söhne. Volle acht Wochen hat der Streik gedauert, und es nahm sogar den Anschein, als sollten auch noch weitere Wochen ins Land gehen, bevor eine Einigung zustande käme. Eigentliche Verhandlungen fanden nicht statt. Alles ging ruhig zu; aus diesem Grunde haben wir auch so wenig während des Streiks berichten können.

Ursache des Streiks war bekanntlich die Mah- regelung von 6 Ausschussmitgliedern sowie 2 Frauen derselben. Dies konnten sich weder die Mitglieder noch der Verband ruhig gefallen lassen.

Die gesamte Bürgerschaft verurteilte die Handlungs- weise der Firma. Andererseits litt aber auch das ganze Gemeinwesen unter den Folgen des Streiks. In dieser Situation war es nun der Herr Apotheker Hpmann, der zunächst mit den streikenden Parteien einzeln in Verbindung trat, und so die Wege zu einer gerechten Verhandlung ebnete.

Junge Garde,

vor die Front! Sie muß sich mit der ganzen feurigen und selbstlosen Hingabe der Jugend der Agitationsarbeit widmen. Zu wirken für Freiheit und Gerechtigkeit bringt Freude und Genugtuung

Am 2. November fand dann zwischen dem Herrn Kommerzienrat Delius und einer Kommission der Arbeiter in Bielefeld eine mehrstündige Verhandlung statt. Diese führte noch nicht zu einer Einigung. Dem Herrn Apotheker gelang es aber, den Herrn Delius dahin zu bringen, daß einige größere Hindernisse beseitigt wurden.

Am 3. November morgens wurde dann von dem Bezirksleiter-Kollegen Camps und der Kommission den Streikenden Bericht erstattet. Ersterer ermahnte die Mitglieder, nimmeh im Laufe des Tages in Ruhe zu überlegen und dann des Abends wiederzukommen, um dann einen Beschluß zu fassen.

Die neue Versammlung fand dann abends statt und in dieser wurde in geheimer Abstimmung mit allen gegen 18 Stimmen beschlossen, den Streit zu beenden. Wenn auch bedauert wurde, daß man nicht alles erreicht habe, so herrschte doch die Ansicht vor, daß man nach Lage der Verhältnisse mit dem Erfolge zufrieden sein könne. Von den 8 Gemahregelten werden 7 wieder eingestellt und ebenso sämtliche Streikenden. Der letzte Gemahregelte verzichtete auf die Einstellung. Nach und nach wird nun die Arbeit wieder aufgenommen werden, und kann wohl die Erwartung ausgesprochen werden, daß nimmeh ein dauernder Friede in Höllebeck einkehrt. Dieses wird umso mehr der Fall sein, wenn alle Beteiligten aus der Bewegung die richtigen Lehren ziehen.

Daß eine darf aber nicht verschwiegen werden. Die Streikenden haben ruhig und einig im Kampfe zusammengelitten. Wenn auch drei die Arbeit vorher schon wieder aufnehmen, so lag hier die Schuld bei deren Eltern. Rund 400 übten echte Solidarität. Diese werden nun noch so viel mehr durch die innere und äußere Erhaltung des Verbandes dazu beitragen, daß man in Zukunft nicht allein die Organisation duldet und anerkennt, sondern auch mit dieser verhandelt. Soweit muß es kommen. Dann können viel besser eraste Differenzen vermieden werden.

Auf Begleitererscheinungen während des Streiks wollen wir heute noch nicht eingehen. Darüber später. Wir wollen aber diesen Bericht nicht schließen, ohne allen Mitbürgern für ihre Sympathie zu danken. Besonderen Dank aber dem Herrn Apotheker Upmann, der in so sympathischer und uneigennützig Weise für die Beilegung der Differenzen tätig war.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bamberg. Trotz des schlechten Wetters am 25. Okt. war unsere Mitgliederversammlung gut besucht. Der Vorsitzende, Kollege Siedler, begrüßte die Erschienenen und machte die sehr reichhaltige Tagesordnung bekannt, welche lautete: 1. Quartals- und Raffsenbericht. 2. Bericht über die diesjährige stattgefundene Bezirkskonferenz. 3. Maßnahmen zur Durchführung der Forderung der Arbeiterschaft zum Anschluß der Gemeinde Gaußstadt (bei Bamberg) an das Gemeindegewerbeamt zu Bamberg. 4. Stellung der christlichen Arbeiter zur Staatspolitik. 5. Verschiedenes.

Zu Punkt eins gab Kollege Wittelkind den Quartals- und Raffsenbericht, und wurde demselben auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt.

Hierauf gab Kollege Siedler den Bericht über die Bezirkskonferenz und hob die wichtigsten Beschlüsse nochmals besonders hervor.

Punkt drei behandelte Kollege Wittelkind. Er führte aus, daß schon im Jahre 1907 der Versuch gemacht worden sei, ein Gemeindegewerbeamt bezw. den Anschluß der Gemeinde Gaußstadt zu erreichen. Die Aktion scheiterte damals an dem Verhalten der Gemeinderatsmitglieder, indem diese die Bedürfnisfrage verneint hätten. Diese Angelegenheit wurde nach längerer Diskussion dem Ortsgruppenvorstand zur weiteren Verfolgung überwiesen. Bezirksleiter Kollege Müller ergriff hierauf das Wort zu Punkt vier der Tagesordnung: „Die Stellung der christlichen Arbeiter zur Staatspolitik.“ Derselbe fand bei den Anwesenden mit seinen Ausführungen lebhaften Beifall. An diesen Vortrag schloß sich eine sehr schöne Diskussion. Alle Redner waren mit dem Referenten darin einig, daß mehr staatsbürgerliche Schulung innerhalb unserer Arbeiterkreise betrieben werden müsse. Zum letzten Punkt der Tagesordnung, „Verschiedenes“, wurde noch auf den Unterrichtskursus, sowie auf den Vertrieb gewerkschaftlicher Literatur hingewiesen.

Bautzen (Sachsen). Gar lange haben hier die christlichen Gewerkschaften als ein Blümchen im verborgenen geblüht. Durch das energische Eingreifen des Kollegen Voigt-Dresden sind dieselben wesentlich gestärkt worden. Auch war es uns möglich, eine Ortsgruppe unseres Verbandes zu gründen. Am 26. Okt. hielt das neugegründete Ortskartell eine Versammlung ab. Derselbe war verhältnismäßig gut besucht. Kollege Pieker-Zittau hatte das Referat übernommen. Redner behandelte das Thema: „Die christlichen Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung.“ Es folgte eine rege Diskussion. Nach Aufnahme einiger Mitglieder wurde die Versammlung geschlossen.

Unsere Kollegen haben alle Veranlassung, für die Ausbreitung unseres Verbandes zu sorgen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen besonders in der Textilindustrie stehen gegen andere Gegenden weit zurück. Dieses kommt recht klar zum Ausdruck in dem 41. Jahresbericht des Landes-Medizinalkollegiums. In diesem Bericht heißt es: „Von der Lungentuberkulose wurden im Berichtsjahre im ganzen Königreiche 5988 Bewohner dahingerafft, also 252 Personen weniger als im Jahre vorher. Damit hat die Mortalität der Lungentuberkulose eine weitere Abnahme erfahren, und zwar von 1,32 auf 1,25‰. Von den Medizinalkollegien hatte nur der Bezirk Bautzen ein Plus an Todesfällen zu verzeichnen, und zwar von 21, in allen übrigen Bezirken war eine Abnahme der absoluten Sterbezahlen festzustellen.“ Jedenfalls werden wir nicht fehlgehen, wenn wir dieses traurige Resultat auf die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückführen. Die Arbeiterorganisationen sind leider für die Textilarbeiter sehr schwach vertreten. Solange jedoch die Arbeiterschaft sich nicht mehr um ihre eigenen Standesfragen kümmert, wird wohl keine Besserung zu erwarten sein. Unsere Aufgabe muß es sein, die Masse auf-

zurückzuführen. Mögen sich daher unsere Kollegen und Kolleginnen in der kommenden Zeit recht eifrig in den Dienst unserer Sache stellen. Nur dann wird es möglich sein, daß wir die großen Aufgaben, welche in der Oberlausitz an uns gestellt werden, erfüllen können.

Borghorst. Als Zeichen der Vertiefung des gewerkschaftlichen Gedankens gilt auch der Besuch der veranstalteten Versammlungen. So muß der außerordentlich zahlreiche Besuch, welchen die Versammlungen der Ortsgruppe christlicher Textilarbeiter in letzter Zeit und insbesondere am 11. Okt. hatten, hierfür Zeugnis ablegen. Der große Dörfelgasse Saal war überfüllt. In der Eröffnungsansprache begrüßte der Vorsitzende zunächst die vom Militär zurückgekehrten Mitglieder, um dann darauf hinzuweisen, daß zwölf zum Militär eingezogen seien. Er ermunterte zur Agitation, um diese Lücke auszufüllen. Auf eine Befürwortung des zweiten Vorsitzenden hin meldeten sich eine ganze Anzahl Mitglieder, welche an den für November und Dezember vorgesehenen Vortragsabenden einer hiesigen Vereinigung teilnehmen wollen. An zweiter Stelle wurde dann ein Rückblick auf die große Demonstrationsversammlung in Greven geworfen. Die heute in unserem Verbands- und insbesondere wegen gewisser Vorkommnisse in unserem Orte hier alut gewordene Lokalbeitragsfrage fand dann die ihr gebührende Beachtung. Nach einer außerordentlich regen Diskussion wurde einstimmig beschlossen, in vierzehn Tagen eine Generalversammlung einzuberufen und dann endgültig darüber zu beschließen. Die Mitglieder verpflichteten sich ebenfalls, agitatorisch zu wirken. Als letzter Punkt der Tagesordnung referierte hierauf in eingehender Weise der Vorsitzende über die Reichsversicherungsordnung. Er bezeichnete dieselbe als Schluß seiner Darlegungen als einen großen Fortschritt und ermahnte die Mitglieder, sich die nötigen Kenntnisse zur Handhabung der Reichsversicherungsordnung zu verschaffen. Mit einem kräftigen Schlußwort beendete dann der Vorsitzende die Versammlung.

Laut Beschluß der vorstehenden Mitgliederversammlung fand die außerordentliche Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe unseres Verbandes statt. Der Besuch war ein derartiger, daß alle Sitzplätze von den Kolleginnen eingenommen wurden und sämtliche Kollegen sich mit einem Stehplätzchen begnügen mußten. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde nochmals die Lokalbeitragsfrage gründlich besprochen. Bevor die Diskussion eröffnet wurde, sprach der Vorsitzende in kurzen, maßigen Worten, wie es der Münsterländer liebt, über Opferwilligkeit und Arbeitersolidarität. Die Diskussion bewegte sich vollständig im Rahmen des Gefagten. In geheimer Abstimmung mit allen gegen 14 Stimmen wurde beschlossen, ab 1. Nov. einen Lokalbeitrag von wöchentlich 5 Pfg. einzuführen. Mit herzlich Worten dankte dann der Vorsitzende für dieses Resultat, aber zugleich knüpfte derselbe hieran die Mahnung, auch die Frauen und Eltern in dieser Beziehung aufzuklären. Als Ersatz für ein infolge Verheiratung ausgeschiedenes Vorstandsmitglied wurde die Kollegin Maria Tigler gewählt. Ebenfalls berichteten die Arbeitervertreter aus unserem Dorfparlament über die dortigen Feuerungsverhandlungen. Im Anschluß hieran stellte der Vorsitzende fest, daß in dieser Beziehung die Ortsgruppe schon praktisch gearbeitet hätte, indem durch die damit beauftragte Kommission an 8000 Pfd. Hälftenfrüchte und an 6000 Pfd. Zwiebeln u. dergl. bezogen sei. An Kartoffeln sei nicht so viel Bedarf. Mit der Mahnung, niemals Agitation und Statistik zu verzeihen, schloß dann der Vorsitzende die wichtige Versammlung.

Cocfeld. Die Generalversammlung unserer Ortsgruppe am 22. Okt. war ziemlich gut besucht. Nach Erledigung der Quartalsabrechnung wurde vom Kollegen H. Bormann an Hand der Abrechnung der Zentralkasse u. a. erörtert, wieviel Kosten die münsterländische Aussperrung speziell in den einzelnen Orten verursacht hat. Als dann erstatteten die Delegierten Bericht über die Bezirkskonferenz. Kollege Schrodt sprach über „Stand und allgemeine Lage unseres Verbandes“, und der Vorsitzende, Kollege Heming, über „Unsere nächsten Agitations- und Bildungsaufgaben“. Die Berichte wurden mit Interesse aufgenommen und veranlaßten eine lebhafteste Diskussion. Bezügl. der „Lokalbeitragsfrage“ soll in einer späteren Versammlung noch eine eingehende Besprechung und Klarstellung erfolgen. Hoffentlich sind dann sämtliche Mitglieder zur Stelle. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde noch bekannt gegeben, daß wieder Lohnbüchlein von unserer Ortsgruppe abgegeben werden, und darauf hingewiesen, wie wichtig eine gutgeführte Lohnstatistik für unsere Bewegung ist.

Kollegen und Kolleginnen! Die kommenden Wintermonate sind so recht geeignet, für unsere Bewegung zu arbeiten, sich zu schulen und die Versammlungen vollzählig zu besuchen. Wir hoffen, daß alle Mitglieder von der Notwendigkeit dieser Arbeit überzeugt sind und so zum weiteren Ausbau unserer Ortsgruppe mit beitragen.

Emsdetten. Im das Sperrsystem, welches die hiesigen Arbeitgeber eingeführt haben, etwas näher zu beleuchten, hatten wir am 25. Okt. eine öffentliche Versammlung einberufen. Als Redner war der Kollege Fischer erschienen. Derselbe führte etwa folgendes aus: „Kaum habe sich die Arbeiterschaft von Emsdetten nach der Aussperrung beruhigt, so versuche man auch schon seitens der Arbeitgeber, neue Erregungen in die Arbeiterschaft hineinzutragen. Es sei zu verstehen, wenn bei Streiks und Aussperrungen derartige Mittel angewandt würden. Nicht erlaubt sei und gegen die guten Sitten verstoßend der Mannheimer, der Hamburger, der im Bergbau eingeführte Arbeitsnachweis und jetzt das in Emsdetten eingeführte Sperrsystem. Arbeitern, die nichts verbrochen, müßte unter allen Umständen die Möglichkeit gegeben sein, von einer Stelle zur andern zu gehen. Aber auch die Arbeiter, die sich als Agitatoren usw. mißlieblich gemacht hätten, dürften nicht gesperrt werden, dieses sei ungesetzlich und unmoralisch. Aber hieran liege es in Emsdetten nicht. Kein Arbeiter, ob organisiert oder unorganisiert, könne bei einem andern Arbeitgeber Arbeit annehmen, wenn ersterer damit nicht einverstanden sei. Man beachtete augenscheinlich damit, daß man sich gegenseitig die Arbeiter nicht nehmen wolle. Ferner könne man einen Angriff auf das Koalitionsrecht damit planen. Redner forderte alle Kollegen und Kolleginnen auf, hiergegen Front zu machen und gegebenenfalls klagar vorzugehen, denn es lägen Gerichtsurteile vor, die zugunsten der Arbeiter entschieden wären. Zum Schluß forderte der Referent alle Anwesenden auf, unermüdet für unsere gute und gerechte Sache tätig zu sein, nur dann sei es möglich, solche unhaltbare Zustände zu beseitigen und den Arbeitgebern die Ueberzeugung beizubringen, daß der Arbeiter nur dann Lust und Liebe zu seinem Berufe habe, wenn man seine Rechte und Ehre achtet und schätzt.“

Stürmischer Beifall wurde dem Redner für seine Ausführungen zuteil. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute im Saale des Wirtes W. Laumann überaus zahlreich besuchte öffentliche Versammlung ist nach Anhörung des Referenten der Ansicht, daß die örtliche Sperrre, die die hiesigen Arbeitgeber eingeführt haben, zu verwerfen ist und für die Arbeiter schädlich wirken muß. Sie erwartet von den Arbeitgebern, daß sie dieses System, weil gegen die guten Sitten verstoßend und für die Arbeiter Mergernis erregend, abschaffen werden, damit der Friede, den beide Teile so notwendig haben, gewahrt bleibe.“

Nachdem noch bekanntgegeben, daß am kommenden Montag eine Arbeiterinnenversammlung stattfindet, sowie noch mehrere Fabrikversammlungen in der nächsten Zeit, wurde die sehr gut besuchte Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Hannover-Linden. Am 30. Okt. war unsere Kollegin Franziska Harder-Düffeldorf in unserer Ortsgruppe, um über das Thema: „Wo hin mit der Arbeiterin in der Zukunft?“ einen Vortrag zu halten. Die Versammlung, welche vollständig im Zeichen der Arbeiterinnenagitation stand, wurde von Kolleginnen unserer Ortsgruppe geleitet. Erfreulicherweise waren die Vorstände aller konfessionellen Arbeiterinnenvereine, sowie auch die Sekretärin der evangelischen Arbeiterinnenvereine, Frä. Theisen, erschienen. Die Rednerin entrollte in 1 1/2 stündigem Vortrage ein Bild von der Stellung der Arbeiterin im Wirtschaftsleben und bewies, daß es auch für die Arbeiterin eine Notwendigkeit sei, sich der Organisation anzuschließen, und in ihr sich mit allen Kräften zu betätigen. Die Wahl, welcher Richtung sich christliche Arbeiterinnen anschließen sollten, könne nicht schwer fallen, da nur die christliche Organisation es sei, welche bei voller Vertretung ihres Interesses nach den Grundsätzen des christl. Sittengesetzes handle.

Nach dem Vortrage entspann sich eine recht lebhafteste Diskussion. Von allen Vertreterinnen wurde ein noch innigeres Hand-in-Handarbeiten gewünscht, auch solle man für die Kolleginnen öfter solche Versammlungen arrangieren und sich im Laufe dieses Herbstes öfter zu gemeinsamen Beratungen zusammenfinden. Im Schlußwort gab die Rednerin noch recht wertvolle Fingerzeige und Aufklärung über einige in der Diskussion gestellte fachliche Fragen.

Mögen nun auch die Arbeiterinnen ihre Stellung im Wirtschaftsleben immer besser erkennen und sich im Rahmen der Organisation mit allen Kräften betätigen, zum Besten ihres Standes sowie der Arbeiterbewegung.

Neukirch (Oberlausitz). Endlich fangen auch die hiesigen Arbeiter an, sich mehr um ihre Standesfragen zu kümmern. Zu einer öffentlichen Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung hatte auf den 19. Oktober unser Verband nach der „Goldenen Krone“ eingeladen. Es waren etwa 150-200 Personen erschienen. Kollege Pieker-Zittau behandelte das Thema: „Warum müssen sich die Textilarbeiter und Arbeiterinnen organisieren.“ Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Die Versammlung brachte uns den Erfolg, daß sich einige Arbeiter bereit erklärten, unserem Verband beizutreten. In einer später abgehaltenen Mitgliederversammlung konnte die Ortsgruppe definitiv gegründet werden. Mögen die neu-gewonnenen Mitglieder jetzt eifrig an der Ausbreitung unseres Verbandes arbeiten. Allen inorganisierten Arbeitern und Arbeiterinnen von Neukirch und Umgegend rufen wir zu: Fort mit eurer Gleichgültigkeit, eurer falschen Sparsamkeit und euren Indifferentismus. Stellt euch in die Reihen unserer wackeren Kämpfer, um durch geschlossenes und gemeinsames Vorgehen das zu erreichen, worauf ihr als Arbeiter Anspruch habt.

Odenkirchen. Am 29. Oktober hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt war, hielt ein Mitglied einen Vortrag über die Pflichten der christlichen Arbeiter. Redner wies in seinen Ausführungen hin auf die Organisation und Agitation der Sozialdemokratie in Partei, Gewerkschaften und Sportvereinen. So hat die sozialistische Parteiorganisation eine Mitgliederzahl von 720 088, davon sind weibliche 32 642. Nicht ohne Bedeutung sind auch die sozialistischen Sportvereine, die in einem gewissen Sinne die Parteiorganisation ersetzen. Die Zentralorganisation der Arbeiter-Nachfahrervereine umfaßt 3000 Vereine mit etwa 130 000 Mitgliedern. Ihnen zur Seite steht der Arbeiter-Turnerbund mit einer Mitgliederzahl von 140 000 Arbeitern. Dazu kommen noch die Arbeiter-Gesangsvereine. Auch sie dürften ganz erhebliche Mitgliederziffern aufzuweisen haben. Für die allgemeine Agitation warf die Partei in dem Jahre von Juli 1909 bis Juli 1910 insgesamt rund 800 000 M. aus. Im Berichtsjahre 1909/10 sind in allen Agitationsbezirken zusammen 29 826 Mitgliederversammlungen und 13 814 öffentliche Versammlungen abgehalten worden. Verbreitet wurden 23 162 440 Flugblätter und 2 545 311 Agitationskalender und Broschüren. Die sozialdemokratische Partei verfügt heute über 78 Tages-Zeitungen. Auflage Ende 1910 1 190 086. „Die Gleichheit“, das sozialistische Frauenorgan hat heute bereits 55 000 überschritten. Dazu kommen noch die sozialistisch gehaltenen Gewerkschaftspreßen. Die Zahl der dauernd agitatorisch freigestellten Beamten beträgt sich auf 5000. In den Stadtparlamenten und Gemeindevertretungen sitzen insgesamt 7533 Sozialdemokraten. Die Zahl der Orte mit Jugendausschüssen beträgt 360, Jugendheime bestehen in 145 Orten, in 73 mit denselben eine Jugendbibliothek verbunden. An 235 Kurzen nahmen 36 600 Leute teil. Die sozialistischen Gewerkschaften weisen eine Mitgliederzahl von 2 017 298, davon weibliche 167 512 auf. Der Vermögensbestand beträgt 52 578 505 M.

Da die sozialistischen Gewerkschaften immer mehr dazu übergehen, mit den Arbeitgebern Monopolverträge abzuschließen, in denen sie die Forderung aufstellen, alle christlichen Arbeiter aus dem Arbeitsverhältnis auszuschließen, wenn sie sich nicht den sozialistischen Gewerkschaften anschließen, so besteht für die christlichen Arbeiter bei der großen Entwicklung dieser Gewerkschaften die größte Gefahr für ihre christliche Ueberzeugung. Angesichts dieser Tatsache ist es die höchste Zeit, daß auch die christlichen Arbeiter einmal aus ihrem Schlummer erwachen. Daß sie sich zusammenschließen zur Verteidigung ihrer Rechte und ihrer Weltanschauung. Besonders gilt dies von unserer Jugend. Denn wer die Jugend hat, der hat auch die Zukunft. Willst du christlicher Vater, christliche Mutter, daß dein Sohn, deine Tochter, daßjenige was du hoch und heilig gehalten hast, wofür du geopfert und gekämpft hast, daß ihnen das erkalten bleib, und daß sie einst das Banner ergreifen, wenn es deinen mühen

Händen entfällt, dann hinein mit deinem Sohn, deiner Tochter, in die konfessionellen Vereinigungen und die christlichen Gewerkschaften.

Ditrich. Nach der äußeren Stärkung unserer Ortsgruppe folgte in den letzten Monaten auch die innere Festigung. Dieses geschah besonders durch die Gründung eines Ortskartells. Bislang fehlte jede Verbindung unter den einzelnen hier bestehenden Organisationen. Diesem Mangel ist jetzt abgeholfen. Das Kartell hat bereits mit seiner Herbst- und Winterarbeit eingeseht. Am 29. Oktober wurde die erste Ortsversammlung im Königshain abgehalten. Diefelbe wurde geleitet vom Kartellvorsitzenden, Kollege Poffelt. Gewerkschaftssekretär Pictor-Bittau behandelte das Thema: „Die Kulturmission der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.“ Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Die Diskussion war recht lebhaft. In zustimmender Weise sprach auch Herr Kaplan Sarazin. Dieses wurde besonders von den Anwesenden freudig begrüßt. Die Versammlung hat in jeder Beziehung einen guten Eindruck hinterlassen. Das junge Ortskartell zeigt eine rege Arbeitsfreudigkeit. Hoffentlich wird dieses von der Arbeiterschaft durch guten Versammlungsbesuch und eifrige Mitarbeit in der Agitation auch geschäftigt und beiohnt. Jede unheilbare Kritik, jeder Eigensinn, jede Eigenbrödelerei und alle Kleinigkeitskramereien müssen vor den großen und idealen Zielen unserer Bewegung zurücktreten. Wenn alle Kollegen und Kolleginnen von Ditrich und Umgebung in jeder Beziehung ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, wird die Arbeitsfreudigkeit der führenden Kollegen verstärkt werden. Nur dann kann das große Ziel, das hier noch brach liegt, beachtet werden. Wohl an! Seien wir alle echte Gewerkschaftler, wie sie sein sollen, vorantreibende Agitatoren für die gute Sache der christlich-nationalen Gewerkschaften.

Siegelbach. In formvollendeter Rede sprach in unserer Versammlung vom 29. Okt. Fräulein Babetie Weichbrodt vom evangelischen Jungfrauenverein in Straßburg über: „Die Frau im modernen Erwerbsleben.“ Wenn noch irgendwie Zweifel darüber bestanden, daß wir Evangelische mit unseren katholischen Arbeitskollegen treu zusammen halten müssen in der christlichen Gewerkschaft: Fräulein Weichbrodt hat durch ihre herzensgewinnende Rede die letzten Zweifel zerstreut. Rednerin ermahnte uns auch, über die Lösung der Zeitfragen nicht die Ewigkeitsfragen zu vergessen. Deshalb müßten Evangelische und Katholiken neben der Gewerkschaft auch ihren konfessionellen Vereinen angehören.

Am selben Tage sprach die Rednerin noch mit gleichem Erfolge in Orfenbach. Die Früchte werden nicht ausbleiben.

Walheim. Recht interessant gestaltete sich unsere letzte Versammlung bei Lehr in Sabn, wenn sie auch nicht zu zahlreich besucht war. Aus dem genannten Kassenbericht des Kollegen Böll ging hervor, daß im vorigen Quartal zu Anfang desselben 102 Mitglieder unserer Gruppe angehörten. Durch Uebergang in eine andere Beschäftigung verloren wir sieben Kolleginnen, sodaß am Schluß die Ortsgruppe noch 95 Mitglieder zählte. Die Einnahmen betrugen 403,95 M.; an Arbeitslosenunterstützung wurde 129,10 M., an Krankenzuschuß 58,80 M., zusammen 187,90 M. ausgezahlt. Mindestens wäre, daß mindestens alle diejenigen, die die vorstehenden Summen als Unterstützung erhielten, auch einmal zur Versammlung erschienen. Mit Aufmerksamkeit verfolgten die Mitglieder die Zahlen und ferner die Punkte des vom Vorsitzenden vorlesenen Jahresberichtes der Wächener Bezirksleitung. Anschließend hieran referierte Kollege Samacher über die Lage des Verbandes. Er gab einen kurzen Überblick über alle die Erfolge, die wir durch unsere allseitige Arbeit errämpft hätten. Schwere Kämpfe hätten uns noch bevor, und darum sollten die Kollegen mitarbeiten als Jäger und nicht als Zuschauer, nicht weil sie müssen, sondern weil sie wollen. Mit einem frohen Optimismus, Energie und Ausdauer müße auch jetzt wieder die Winteragitation beginnen. Der Vorsitzende betonte u. a., daß die Ortsgruppe bereits zweimal mit der Hausagitation gute Erfolge erzielt habe und auf Vorschlag wurde wieder eine neue Agitationskommission gewählt. Aber auch die anderen Mitglieder müssen mitwirken. Die Indifferenten und besonders auch die Jugendlichen, alle müssen zu gewinnen versucht werden. Für besonders „schwere Fälle“ gilt auch das Sprichwort: Steter Tropfen höhlt den Stein. Also an die Arbeit. Auch einige Kolleginnen schlossen sich der Kommission an. Der Vorsitzende ermahnte die Mitglieder nochmals zur sofortigen Meldung von Krankheiten und Arbeitslosigkeit und machte bekannt, daß er jetzt Schmitthof 42 wohne.

Soziale Rundschau.

Aufgepaßt, Selbst- und Weiterversicherte in der Invalidenversicherung. Der Teil der Reichsversicherungsordnung, der die Invalidenversicherung betrifft, wird am 1. Januar 1912 in Kraft treten. Zunächst ist damit eine Änderung in der Beitragsleistung verbunden. In Zukunft werden in folgenden Klassen folgende Marken gefordert:

in Klasse 1	16 Pf.
" " 2	24 "
" " 3	32 "
" " 4	40 "
" " 5	48 "

Durch diese Änderung macht sich die Einführung neuer Marken und wahrscheinlich auch neuer Eintrittskarten notwendig.

Nur für die vor dem 1. Januar 1912 liegende Zeit dürfen alte Marken verwendet werden.

Das ist besonders wichtig für alle diejenigen, die sich freiwillig versichern, sei es in der Selbst- oder Weiterversicherung. Die Mitglieder der Selbstversicherung müssen in zwei Jahren mindestens 40 Marken, die der Weiterversicherung im selben Zeitraum mindestens 20 Marken haben. Man können aber nach § 146 des V.-S.-G. Selbst- und Weiterversicherte Marken für ein länger als ein Jahr zurückliegende Zeit nicht verwenden. Der also nicht zu Schaden kommen will, muß vor dem 1. Januar 1912 seine 40, bzw. 20 Marken gefordert haben. Im andern Fall laufen sie Gefahr, alle ihre Rechte zu verlieren. Darum Marken nachsehen.

Schadenersatzpflicht von Gruppenaffordarbeitern, die ihre Kolonne im Stich lassen. Ueber diese Sache hat das Berliner Gewerbegericht eine interessante Entscheidung gefällt. Der Kläger, die beiden Beklagten und ein vierter Mann hatten eine gemeinschaftliche

Affordarbeit übernommen. Im Laufe der Arbeit erlitten die beiden Beklagten eines Montags früh, daß sie nicht weiterarbeiten wollten, da sie bessere Arbeitsgelegenheit gefunden hätten, und verließen trotz Widerspruch der beiden andern die Arbeit. Der Kläger konnte infolgedessen auch nicht weiterarbeiten. Auf seinen Antrag sind die Beklagten zum Ersatz seines Lohnausfalls verurteilt.

Das Gericht entschied sein Urteil mit folgender Begründung: Durch die Arbeitsniederlegung der Beklagten waren der Kläger und der vierte Mann gezwungen, auch aufzuhören, da vertragsmäßige Arbeit nur durch eine vollzählige Kolonne gewährleistet werden kann. Infolgedessen ist dem Kläger der Arbeitsverdienst für den fraglichen Montag mit 8 M. entgangen. Er nimmt mit Recht die Beklagten auf Ersatz des Schadens in Anspruch, da sie vertragsbrüchig geworden sind. Denn nachdem sie mit dem Kläger und dem vierten Mann eine gemeinschaftliche Arbeit übernommen hatten, waren sie untereinander verpflichtet, ihre Kräfte zur Leistung der Arbeit bis zu ihrer Vollendung zur Verfügung zu stellen. Dies haben sie nicht getan. Einen gesetzlichen Grund zur vorzeitigen Lösung des Gemeinschaftsverhältnisses hatten sie nicht. Die Aussicht auf anderweitigen besseren Verdienst entbindet sie nicht von ihren Verpflichtungen.

Der Koalitionszwang beim Leipziger Ärzteverband. Professor Dr. Maacke untersucht in seinem Werke „Boikott, Sperre und Aussperrung“, wie der Ärzteverband gegen diejenigen Ärzte, die sich seinem Willen nicht fügen, vorgeht.

Zunächst strebt der Ärzteverband an, die Kassenärzte durch Anbieten hoher Geldsummen anzulocken. Dieses habe sich beim Leipziger Verbandsverband zu einer Spezialität entwickelt und werde systematisch und unter Anwendung sehr erheblicher Geldmittel betrieben, und zwar auffälligerweise, ohne daß bisher die Zulässigkeit eines solchen Verfahrens einer ehrengerichtlichen Nachprüfung unterlegen hat. Als Gegenleistung habe der abgefundenen Arzt sich dem Leipziger Verband gegenüber bei hoher Konventionalstrafe zu verpflichten, sich nicht ohne dessen Genehmigung niederzulassen. Eine ehrenwörtliche Verpflichtung, dem Bestreben des Leipziger Verbandes nicht entgegenzuhandeln, werde übrigens von allen Ärzten eingepfordert und bei Gelegenheit zu ehrengerichtlicher Verfolgung der gegen den Willen des Leipziger Verbandes handelnden Ärzte verwertet. Die Krönung habe dieses Gebändes gefunden in der von dem Verbandsverband für seine Anhänger aufgestellten Verpflichtung, falls die Reichsversicherungsordnung gegen die Leitende des Verbandes verstoße, sich jeder ärztlichen Mitwirkung an den im Gehege vorgesehenen Einrichtungen zu enthalten, ein organisierter Widerstand gegen die Staatsgewalt, wie er in diesem Umfang kaum vorgekommen sei.

Wüßlinge das Austreten der Kassenärzte, so gehe der Verband gegen diese vor wegen Verletzung der Standeswürde, weil die Annahme von Kassenstellen zu anderen als den von ihm gebilligten Bedingungen als „standesunwürdig“ erachtet wird. Die landesrechtlich bestehenden amtlichen Standesorganisationen (Ärztekammern) habe der Leipziger Verband auch für diesen Grundsat zu gewinnen gewußt. Dementsprechend sei eine Reihe ehrengerichtlicher Verurteilungen von Ärzten erfolgt, gegen die nichts anderes vorlag, als daß sie Verträge mit Krankenkassen geschlossen hatten, die den Grundätzen des Leipziger Verbandes widersprachen. Wenn diese Entscheidungen auch in der höheren Instanz der Ehrengerichte unter dem Einfluß ihrer juristischen Mitglieder aufgehoben worden sind, so sei eine solche Abwehr noch nicht erfolgt gegenüber der schärfsten Waffe, die der Leipziger Verband anwendet, dem Abbruch der kollegialen Beziehungen, dem Ausschluss aus dem Ärzteverein. Die Folge dieses Ausschusses sei der Abbruch aller persönlichen und beruflichen Beziehungen zu dem Verurteilten. Der Leipziger Ärzteverband und seine Anhänger schreden überhaupt bei der Bekämpfung ihrer Gegner und bei der Ausübung des Begriffs der Standeslehre nicht vor Maßnahmen zurück, die Unbeteiligten als gehässig erscheinen.

Ergänzend sei dazu bemerkt, daß die örtlichen Ärztevereine überwiegend oder fast ausschließlich nur solche Mitglieder aufnehmen und, soweit sie Verträge mit Krankenkassen abgeschlossen haben, zur Kassenpraxis zulassen, welche die vom Leipziger Verbandsverband eingeführten Verpflichtungsscheine unterschrieben haben.

Von einem Eingriff der Gerichte wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung hört man da nichts.

Haushaltsaufwand der Minderbemittelten und Steuerung. Das „Soziale Museum“ in Frankfurt a. M. hat rechnerisch zu ermitteln versucht, wie die Erhöhung der Lebensmittel- und Bedarfswarenpreise die Kosten der Lebenshaltung von Arbeitern und niedrig entlohnenden Angestellten beeinflusst. Aus den amtlichen Marktberichten Frankfurts hat es die Preisveränderungen der Lebensmittel unter Berücksichtigung der in bestehenden Haushaltungen üblichen Arten zwischen August 1910 und August 1911 festgestellt und die Preiszu- und -abgänge dann in die 23 einzelnen Haushaltsposten, die die amtlichen „Erhebungen von Wirtschaftsverhältnissen minderbemittelter Familien“ 1907/8 für drei Frankfurter Arbeiter- und Angestelltenhaushaltungen ergeben haben, hineingerechnet. Das „Soziale Museum“ stellt auf diesem Wege fest, daß der Haushalt eines Postboten mit zwei Erwachsenen und einem Kind (Einkommen 1907/8 1087,90 M.) vom August 1910 bis August 1911, wenn sich sonst nichts verändert hätte, eine Verzehrerung von insgesamt 5,45 v. H. (im Durchschnitt aller 23 Posten) erfahren haben müßte; der Haushalt eines Routers mit zwei Erwachsenen und drei Kindern (Einkommen 1907/8 1531,51 M.) um 7,91 v. H., da der Gemüseverbrauch in diesem Haushalt

1907/8 größer war, als bei der Postbotenfamilie; und endlich der Haushalt eines Leitungsaufsehers mit zwei Erwachsenen und vier Kindern (Einkommen 1907/8 2418,32 M.) um 4,26 v. H. Unter Berücksichtigung der verschiedenartigen Zusammenlegung des Nahrungsbedarfs bei diesen Familien, die bald mehr Gemüse, bald mehr Fleisch verzehrten, läßt sich eine durchschnittliche Verteuerung des Haushaltsaufwands bei den Minderbemittelten in Frankfurt a. M. um 5-6 v. H. annehmen.

Briefkasten.

Nach Wegberg. Als solche Stadt käme Basel in Betracht. Wie die Verhältnisse mit der Hochschule sind, ist uns nicht mitgeteilt worden. Die Lohnverhältnisse sind erheblich schlechter als in Deutschland. Die Lebensweise ist teuer. Die Bevölkerung gehört in der Mehrzahl der evangelischen Konfession an. Unser schweizerischer Kollege ist von einer Reise nach der Schweiz ab.

Geistliches. Die Sache öffentlich zu besprechen, wäre verfehlt. Komme wieder, wenn die Vorschläge zur nächsten Generalversammlung des Verbandes zur Debatte stehen. Meine Erfahrungen haben mir übrigens schon häufig gemacht. Wir sind der Auffassung, daß die Generalversammlung da eine Änderung vornehmen muß.

Bamberg. Gedanken in dem „Gebicht“ sind schön. Es fehlt aber an den Ausdrucksformen und am Rhythmus. Verfasser müßte mal eine Abhandlung über die Gesetze der Dichtkunst lesen. Wir wollen eine Uebersicht versuchen und es dann in einer der nächsten Nummern bringen.

Zell. Prolog wird in der nächsten Nummer erscheinen. Ist. Gruß an den Verfasser.

Versammlungskalender.

- Boiskheim. 12. Nov., 5 1/2 Uhr, bei Gelesen, Generalvers.
- Braunsche. 11. Nov., 6 Uhr, bei Wiltz, vor dem Berge.
- Görsche. 18. Nov., 8 1/2 Uhr, bei Genterath, Kothbahn.
- M.-Gladbach-Paraterbroich. 19. Nov., 6 Uhr, im St. Elisabeth-Stift, Mühlenstr., Arbeiterinnerversammlung.
- Gründelchen. 13. Nov., 6 1/2 Uhr, bei Gammann, Generalvers.
- Gausen i. B. 16. Nov., 8 Uhr, im Lokale „Zum Eisenwert“.
- Dittelsche. 12. Nov., 4 1/2 Uhr, bei Walperg.
- Gladbach. 22. Nov., 5 1/2 Uhr, bei Ww. Hahnen, Generalversammlung.
- Sof a. S. 15. Nov., 8 Uhr, bei Steuberts, Alsenbergerstr. 2.
- Kohlischeid. 19. Nov., 11 Uhr, bei Peter Gilleßen.
- Dankensalbe. 19. Nov., 4 Uhr, bei Weg, am Markt.
- Schreibahn. 22. Nov., 7 Uhr, bei Heinrich Kaiser.
- Süßstein. 12. Nov., 10 Uhr, bei Wiltz, Kempter.
- Zhitzingen. 12. Nov., 8 1/2 Uhr, im Lokale „Zum Dösen“, öffentliche Volksversammlung.

Literarisches.

Das Wasser in der Textilindustrie. Sieben erschienen im Verlage Max von Ziegern, Leipzig, eine Broschüre: Wasserpart, Das Wasser in der Textilindustrie. Der Preis beträgt M. 1.— und ist bei dem Umfang des Buches (83 Seiten mit 32 Abbildungen) als sehr niedrig zu bezeichnen.

Die vorliegende Abhandlung, von einem literarisch wie technisch durchaus erfahrenen Sachmanne verfaßt, wendet sich an die weiten Kreise der Textilindustrie, denen eine zufriedenstellende Wasserreinigung in ihren Betrieben am Herzen liegen muß. Der Inhalt ist in hohem Maße lebendig und gemeinverständlich geschrieben. Dafür bürgt der Umstand, daß der Verfasser einerseits jahrelang in der Praxis der Wasserreinigung gestanden hat, andererseits vor kurzem noch über den Gegenstand in der Ortsgruppe Chemnitz des deutschen Färberverbandes Vorträge gehalten hat.

Der Stoff ist außerordentlich klar und übersichtlich angeordnet. Das erste Kapitel behandelt die Beschaffenheit und das Anwendungsgebiet des Wassers in der Färberei, Bleicherei und Appretur, das zweite die Reinigung des Wassers für Textilzwecke — hierbei wird sehr ausführlich auf die Methoden der Klärung, der Entkalkung, Enteisung, Entmanganung und der Abwehr der salpetrigen Säure eingegangen — das dritte die Untersuchung des Wassers für Textilzwecke und das vierte die Kontrolle der Wasserreinigung.

Zweifellos wird das Buchlein dem Praktiker in der überaus wichtigen Frage der künstlichen Wasserreinigung ein willkommenes Führer und Ratgeber sein und darf daher dem Techniker und Ingenieur in gleicher Weise wie dem Betriebsleiter und dem Färbereimeister zuversichtlich und angelegentlich empfohlen werden.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die 10 Gebote des christlichen Gewerkschaftlers. — Das Esersystem in der münsterländischen Textilindustrie. — Zum Tarifabschluß im Buchdruckgewerbe. — „Lupus“. — Fenikleton: Herbst. — Ein Drama von einer christlichen Textilarbeiterin. — Aus der Arbeiterbewegung: „Textilarbeiter-Zeitung“ und Ruhrbergarbeiterbewegung. — Die politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften. — Sozialdemokratischer Buchdruckerverband und Gutenbergbund. — Sozialdemokratische Niedertracht. — Wachsende Ohnmacht? — Christliche Gewerkschaften und Arbeitervereine auf dem Lande. — Industriepolitik oder Bauernfürsorge? — Koalitionsrechtsforderungen der Arbeiter. — Eine große Aussperrung in der Tabakindustrie. — Die christlichen Gewerkschaften in Belgien. — Es ist ihnen nach der Mühe. — Aus unserer Industrie: Rundschau auf dem Textilmarkt. — Aus dem Verbandsgebiet: Lohnbewegungen und Arbeitsfreigezeiten: Jüdenbeck. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bamberg. — Bahren (Sachsen). — Borchdorf. — Coesfeld. — Emsdetten. — Hannover-Linden. — Neukirch (Oberlausitz). — Odenkirchen. — Ditrich. — Siegelbach. — Walheim. — Soziale Rundschau: Aufgepaßt, Selbst- und Weiterversicherte in der Invalidenversicherung. — Schadenersatzpflicht von Gruppenaffordarbeitern, die ihre Kolonne im Stich lassen. — Der Koalitionszwang beim Leipziger Ärzteverband. — Haushaltsaufwand der Minderbemittelten und Steuerung. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Literarisches.